

31a
V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

20. Jahrgang · Heft 3

März 1968

Grafik des Monats: Personal im öffentlichen Dienst 1967

Aufsätze:

Volkshochschulen

X Krankenhäuser 1966 (*Kneller*)

Bauhauptgewerbe 1950 - 1967 (Teil 3)

Fremdenverkehr 1967

Kurzberichte:

Gemeindesteuern 1967

Umsätze in freien Berufen

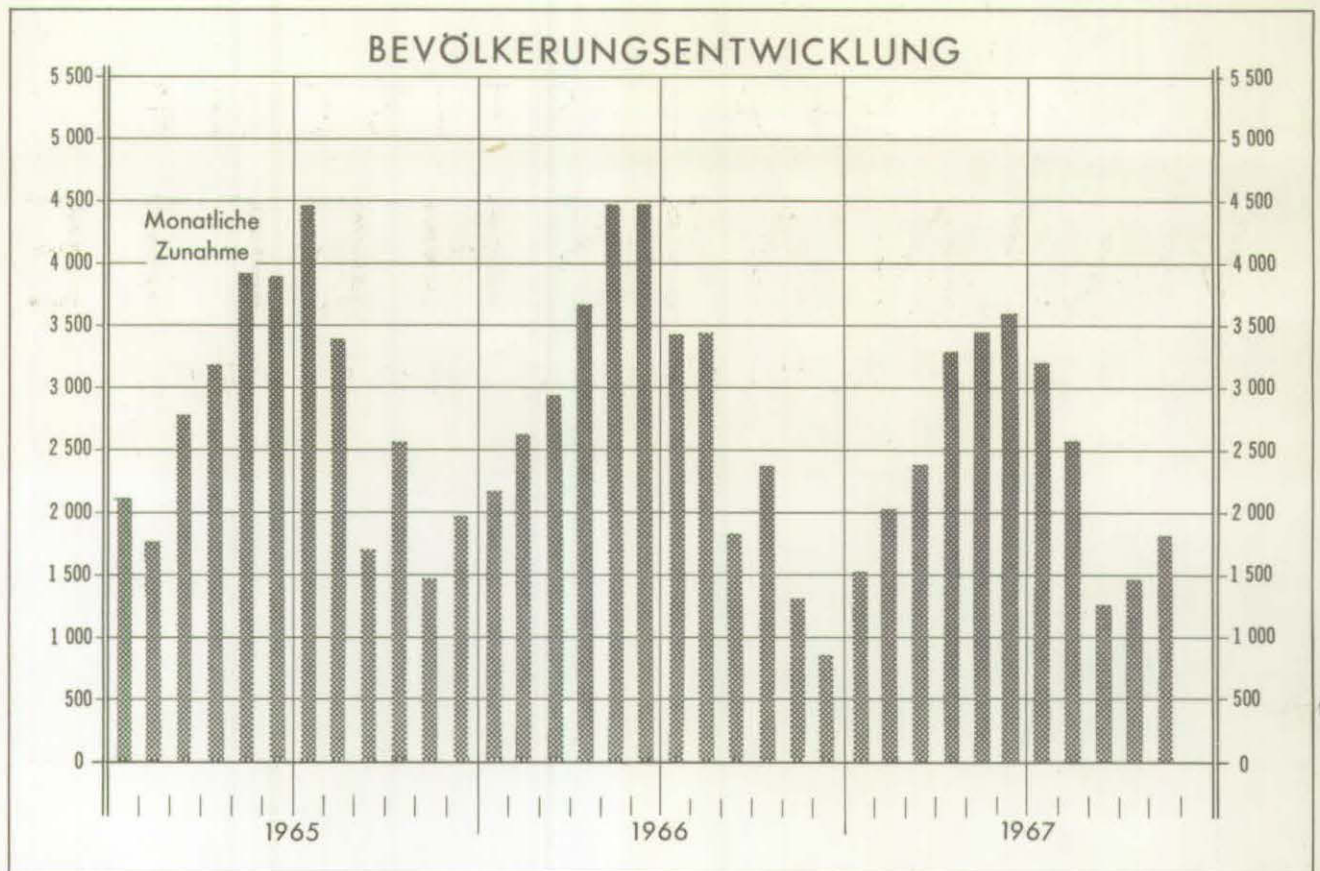
Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT

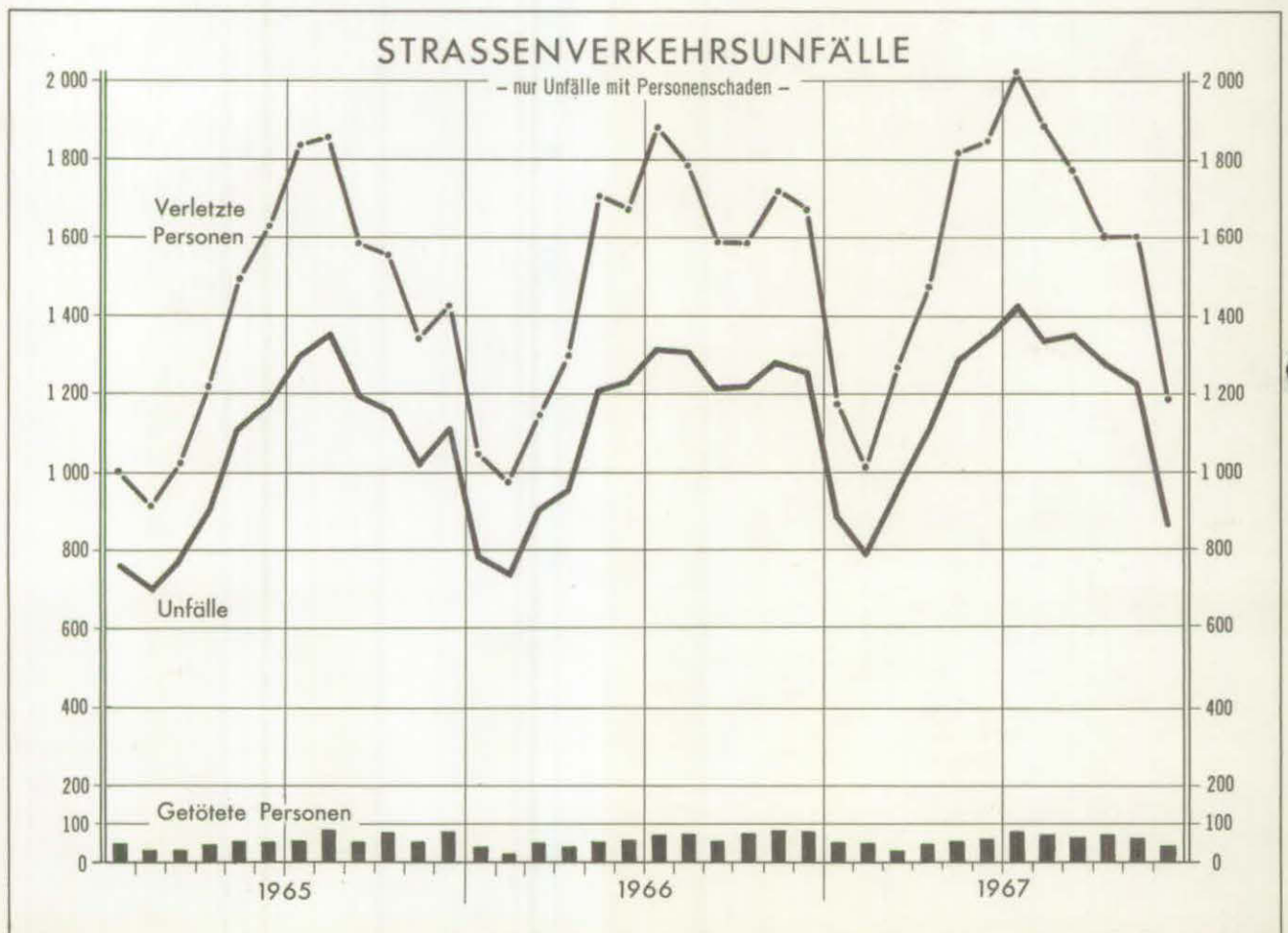


Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN



D-3781



INHALT 3/68

	Seite
Aktuelle Auslese	49
Aus dem Inhalt	50
Aussätze	
Die Arbeit der Volkshochschulen in zwei Jahrzehnten	51-54
Die Krankenhäuser und ihr Personal 1966	55-57
Das Bauhauptgewerbe 1950-1967 (Teil 3)	57-64
Der Fremdenverkehr 1967	64-68
Kurzberichte	
Gemeindesteuern 1967	69-71
Die Umsätze in ausgewählten freien Berufen 1965 und 1966	71-72
Grafik des Monats	60-61
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven A - allgemein - 3. Umschlagseite	

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 10/1967

Abiturienten — gestern und morgen
Landtagswahl — regionale Ergebnisse
Vieh- und Fleischwirtschaft
Baufertigstellungen 1966

Heft 11/1967

Zuckerrüben und Zucker
Beschäftigtenstruktur Industrie
Umsatz der Unternehmen 1966
Straßenverkehrsunfälle 1966
Erzeugerpreise in der Industrie
Schwerbeschädigte

Heft 12/1967

Gemeinden und Ämter
Wasserhaushalt Industrie
Löhne im Handwerk
Die kommunalen Haushalte 1966

Heft 1/1968

Bauhauptgewerbe 1950-1967 (Teil 1)
Kartoffeln
Preisindex landwirtschaftlicher Betriebsmittel
Löhne und Gehälter 1965

Heft 2/1968

Bruttoinlandsprodukt 1966
Bauhauptgewerbe 1950-1967 (Teil 2)
Baumschulen
Steueraufkommen 1967
Gemüseanbau



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

20. Jahrgang · Heft 3

März 1968

Aktuelle Auslese



Bauwille in Schleswig-Holstein ungebrochen

Im Gegensatz zur Entwicklung im Bundesgebiet, wo die erteilten Baugenehmigungen 1967 um 8,4 % gegenüber dem Vorjahr zurückgingen, war in Schleswig-Holstein während des vergangenen Jahres eine Steigerung der "Bauwilligkeit" um 1 % festzustellen. Damit ist Schleswig-Holstein außer Berlin (West) das einzige Land der Bundesrepublik, in dem sich der Bauwille – trotz der Rezessionserscheinungen – gegenüber dem Vorjahr behauptet hat.

Baugenehmigungen für Wohnungen 1967

	Anzahl (vorl. Zahlen)	Veränderungen gegenüber 1966 in %
Schleswig-Holstein	27 856	+ 1,0
Hamburg	15 509	- 8,1
Niedersachsen	58 914	- 7,5
Bremen	6 006	- 18,4
Nordrhein-Westfalen	136 959	- 7,4
Hessen	50 184	- 11,9
Rheinland-Pfalz	30 000	- 8,0
Baden-Württemberg	82 116	- 9,6
Bayern	93 509	- 16,0
Saarland	6 068	- 14,5
Berlin (West)	25 631	+ 32,3
Bundesgebiet	532 752	- 8,4



Weitere Bevölkerungszunahme zu erwarten

Eine neue Vorausschätzung für Schleswig-Holstein sagt aus, daß die Bevölkerungszahl unseres Landes in den nächsten zwanzig Jahren voraussichtlich weiter zunehmen wird. Dabei wird die Zahl der Kinder und die der Einwohner im erwerbsfähigen Alter – langfristig gesehen – stärker wachsen als die der "alten Leute".

Einwohner am 1. 1.

Altersgruppe	1967	1977	1987
	in 1 000	Zunahme gegenüber 1967 in %	
unter 15 Jahre	558	+ 15	+ 11
15 bis 64 "	1 573	+ 2	+ 14
65 und mehr Jahre	342	+ 17	+ 8
Insgesamt	2 473	+ 7	+ 12

Geringere Zuwachsraten beim Kraftfahrzeugbestand



Anfang 1968 gab es in Schleswig-Holstein fast 582 000 Kraftfahrzeuge, das sind 5 % mehr als Anfang 1967. Mit Ausnahme der Krafträder, deren Bestand um ein Viertel erneut zurückging, nahmen die übrigen Kraftfahrzeuge zu. Die Personenkraftwagen, die mit fast 80 % den größten Anteil am Kraftfahrzeugbestand haben, nahmen im Jahre 1967 um fast 28 000 (+ 6 %) auf rund 464 000 Fahrzeuge zu. Die Zuwachsraten der Vorjahre wurden jedoch auch bei dieser Fahrzeugart nicht erreicht.



Ständig steigende Wohngeldzahlungen

Während 1964 lediglich 5,5 Mill. DM Wohngeld gezahlt wurden, stieg dieser Betrag 1965 auf knapp 12 Mill. DM, 1966 auf 22,8 Mill. DM und 1967 auf über 27 Mill. DM. Die Zahl der Empfänger nahm gleichzeitig von 12 600 (30.6.1964) auf 39 800 (30.6.1967) zu.

Aus dem Inhalt

Volkshochschulen

Seite 51

Den Anstoß zum Wiederbeginn der Volkshochschularbeit nach dem zweiten Weltkrieg gab in Schleswig-Holstein die englische Besatzungsmacht im November 1945 mit einer Anordnung, die Pläne für eine Wiederaufnahme der Erwachsenenbildung vorzulegen. Die Lehrgänge an den fünf Heimvolkshochschulen Schleswig-Holsteins wurden in der Nachkriegszeit von schätzungsweise mindestens 10 000 Jugendlichen und Erwachsenen besucht. Abendvolkshochschulen sind sehr viel zahlreicher als Heimvolkshochschulen. 1946 gab es in Schleswig-Holstein 30, 1956 146 und 1966 201 Abendvolkshochschulen (einschließlich Außenstellen). Der Teilnehmerkreis hat sich von 1950 bis 1960 weit mehr als verdoppelt. So besuchten z. B. im Laufe des Jahres 1960 nicht ganz eine halbe Million Hörer die Abendvolkshochschulen Schleswig-Holsteins. Die Volkshochschulen bieten Arbeitsgemeinschaften, Vortragsreihen und Einzelveranstaltungen an. Im Durchschnitt der letzten sechs Jahre konnten jährlich rund 3 000 Arbeitsgemeinschaften gebildet werden, 1966 waren es sogar 3 700. Sie waren 1966 von mehr als 66 000 Hörern belegt. Die Vortragsreihen wurden im Schnitt der letzten sechs Jahre von jährlich mehr als 40 000 Teilnehmern besucht. Die höchsten Teilnehmerzahlen hatten die Vortragsreihen des Stoffgebietes "mitbürgerliche und politische Bildung" aufzuweisen. An Einzelveranstaltungen haben in sechs Jahren fast 900 000 Menschen teilgenommen, und zwar im Schnitt gut 60 Besucher je Veranstaltung. Der Bereich der Information und Urteilsbildung stand dabei weit im Vordergrund.

Krankenhäuser 1966

Seite 55

Ende 1966 gab es in Schleswig-Holstein 127 Krankenhäuser mit 25 430 planmäßigen Betten. Wird von den Sonderkrankenhäusern, wie psychiatrische, Tuberkulose-Krankenhäuser u. a., abgesehen, so waren für Akutkranke 13 029 planmäßige Betten vorhanden. Je 10 000 Einwohner standen damit 53 Betten bereit. 1966 wurden 305 036 Kranke stationär behandelt. Darin enthalten sind 17 104 psychiatrische und neurologische Fälle. Wird die Betreuung dieser Kranken außer acht gelassen, so wurden 1966 etwa 5,5 Mill. Pflegetage geleistet. Ende 1966 arbeiteten in den Krankenhäusern Schleswig-Holsteins 1 592 Ärzte (einschl. Medizinalassistenten), darunter 940 Fachärzte. Außerdem waren noch weitere 16 325 Personen in den Krankenhäusern beschäftigt, darunter waren 7 175 in der Krankenpflege tätig.

Bauhauptgewerbe 1950-1967 (Teil 3) S. 57

Der Umsatz je Arbeitsstunde belief sich 1954 im Bauhauptgewerbe auf 4,87 DM. 1966 ist dieser Umsatz auf 16,54 DM angewachsen. Die höchsten Umsatzwerte je Arbeitsstunde werden im Straßenbau erreicht. 1966 betrug dieser Wert 18,74 DM. Die Ausstattung des Bauhauptgewerbes mit Baugeräten und Maschinen hat sich in den letzten

einhalb Jahrzehnten erheblich gewandelt und ausgedehnt. 1950 gab es z. B. in Schleswig-Holstein neun Turmdrehkrane, 1960 95 und 1967 458. Diese Krane sind außerdem heute größer und damit leistungsfähiger als noch vor wenigen Jahren. Die Relation Beschäftigte je Geräteeinheit ist im Laufe der Jahre immer kleiner geworden. Auf ein Förderband kamen z. B. 1950 noch 181 Beschäftigte, 1967 waren es nur noch 43.

Fremdenverkehr 1967

Seite 64

Im Sommerhalbjahr 1967 wurden in Schleswig-Holstein 13,4 Mill. Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren gezählt. Hinzu kam noch fast eine halbe Million Übernachtungen in Jugendherbergen, 1,4 Mill. in Kinderheimen und 4,9 Mill. auf Zeltplätzen. Damit wurde die Grenze von 20 Mill. Übernachtungen überschritten. Im Winterhalbjahr 1966/67 wurden 1,5 Mill. Übernachtungen gezählt. Dazu kamen noch 62 000 in Jugendherbergen und 760 000 in Kinderheimen. Im Sommerhalbjahr nimmt Schleswig-Holstein im Fremdenverkehr der Bundesrepublik mit 11 % aller Übernachtungen einen guten Platz ein. Im Winterhalbjahr hat Schleswig-Holstein nur einen Anteil von 3 % an den Übernachtungen. Der Fremdenverkehr in Schleswig-Holstein wird durch die Seebäder bestimmt. Fast vier Fünftel der Übernachtungen eines Jahres entfallen auf die Seebäder.

Gemeindesteuern 1967

Seite 69

Die Steuereinnahmen der schleswig-holsteinischen Gemeinden und Gemeindeverbände beliefen sich 1967 auf 452 Mill. DM. Die Mehreinnahmen – 2,4 % gegenüber 1966 – waren geringer als in den vorangegangenen Jahren. Der Anteil der Gemeindesteuern am gesamten schleswig-holsteinischen Steueraufkommen ist weiter zurückgegangen. Im Jahre 1960 machte er immerhin 14,5 % aus, jetzt sind es nur noch 13 %. Diese ungünstige Entwicklung hängt eindeutig von den Gewerbesteuern ab, die in Schleswig-Holstein über sieben Zehntel der Gemeindesteuern ausmachen. Die Entwicklung der Steuereinnahmen war in den einzelnen Gemeindegrößenklassen sehr unterschiedlich. Am günstigsten schnitten dabei die mittleren Gemeinden ab.

Umsätze in freien Berufen

Seite 71

Unter den von der Umsatzsteuerstatistik erfaßten Steuerpflichtigen bilden die freiberuflich Tätigen nur eine verhältnismäßig kleine Gruppe (7,8 %). Von den erfaßten 4 974 Steuerpflichtigen der freien Berufe wurden 1966 insgesamt 550 Mill. DM umgesetzt. Die meisten freiberuflich Tätigen waren im Gesundheitswesen tätig. Dabei hatten die Ärzte 1966 im Durchschnitt einen Umsatz von 107 000 DM je Steuerpflichtigen, die Zahnärzte einen Umsatz von 112 000 DM und die Tierärzte von 96 000 DM je Steuerpflichtigen. Den höchsten Umsatz je Steuerpflichtigen aller freiberuflich Tätigen hatten die Wirtschaftsprüfer und Steuerberater mit durchschnittlich 262 000 DM.

Die Arbeit der Volkshochschulen in zwei Jahrzehnten

Die Volkshochschule als Einrichtung der Erwachsenenbildung hat eine lange und bedeutungsvolle Geschichte¹. Den Anstoß zum Wiederbeginn der Volkshochschularbeit nach dem Zweiten Weltkrieg gab in Schleswig-Holstein die englische Besatzungsmacht im November 1945 mit einer Anordnung, die Pläne für eine Wiederaufnahme der Erwachsenenbildung vorzulegen. In einer Zeit, in der die Sorge um das tägliche Brot groß war, war jedoch das Interesse an Erwachsenenbildung gering. Die Volkshochschularbeit entwickelte sich nur langsam. Nach einem Bericht der Militärregierung gab es im Februar 1946 in Schleswig-Holstein 30 Volkshochschulen mit knapp 2 800 Hörern. Besonders starke Impulse der Volkshochschularbeit gingen damals von Lübeck aus, wo bereits im April 1946 Otto Monsheimer zum hauptamtlichen Direktor der städtischen Volkshochschule berufen wurde. Die erste Heimvolkshochschule konnte in Rendsburg wieder eröffnet werden. Der Unterricht begann dort im November 1946 mit 71 Schülern. Inzwischen war eine arbeitsfähige Landesregierung entstanden. Sie versuchte zu helfen, wo sich Ansätze einer Erwachsenenbildung zeigten, und bemühte sich, kommunale Stellen für die Volkshochschularbeit zu interessieren. Wie in einigen anderen Bundesländern wurde auch in Schleswig-Holstein geplant, einen Landesverband zu gründen, der sich vor allem mit Fragen der Lehrerfortbildung und der Regelung der materiellen Bedürfnisse der Volkshochschulen befassen sollte und der als Verbindungsglied zwischen den Volkshochschulen und der Landesregierung dienen sollte. Am 6. Dezember 1947 wurde nach langer Vorarbeit auf einer Tagung in Rendsburg die Bildung des "Landesverbandes der Volkshochschulen für Schleswig-Holstein e. V." beschlossen. Als Zweck des Verbandes gibt die Satzung an: "Zusammenschluß der Volkshochschulen des Landes Schleswig-Holstein zur Wahrung gemeinsamer Interessen und Förderung gemeinsamer Ziele". Zum ersten Vorsitzenden wurde Otto Monsheimer aus Lübeck gewählt. Die Arbeit des Landesverbandes lief zunächst in sehr bescheidenem Umfange an. Das Jahr 1948 brachte mit der Währungsreform eine neue Krise für die Erwachsenenbildung. Nach Angaben von Henningsen mußten viele Volkshochschulen aus Geldmangel ihre Arbeit einstellen, die Hörerzahlen sanken ab. Die Folgen der Währungsreform konnten verhältnismäßig

schnell überwunden werden, und bereits in den fünfziger Jahren hat sich der Hörerkreis der Volkshochschulen erheblich ausgeweitet. Inzwischen sind zwei Jahrzehnte seit der Gründung des Landesverbandes vergangen. Die Volkshochschularbeit hat heute ihren festen Platz im Erziehungs- und Bildungswesen unseres Landes, nicht zuletzt deswegen, weil immer deutlicher wird, daß das Startgepäck, das die allgemeinbildenden Schulen vermitteln, nicht ein Leben lang ausreicht. Bildung kann niemals abgeschlossen sein.

Die Arbeit der schleswig-holsteinischen Volkshochschulen in ihrer Gesamtheit läßt sich bis Anfang des laufenden Jahrzehnts nur mit wenigen Zahlen belegen. Erst seit 1961 bemüht sich der Landesverband, sehr differenziertes Zahlenmaterial - zumindest für die Abendvolkshochschulen - vorzulegen. Zunächst muß nämlich zwischen den beiden Erscheinungsformen der Erwachsenenbildung, den Heimvolkshochschulen und den Abendvolkshochschulen, unterschieden werden. Es gibt zwar statistisches Material für die einzelnen Heimvolkshochschulen, aber ein gesamter Überblick läßt sich daraus nicht zusammenstellen. Ein Grund dafür liegt darin, daß jede Schule ihren besonderen Aufbau und ihre besondere Prägung hat. Die Lehrgänge in den fünf² Heimvolkshochschulen Schleswig-Holsteins, in der Rendsburger Heimvolkshochschule, in der Heimvolkshochschule in Leck, in der Dithmarscher Landesschule in Lunden, in der Evangelischen Volkshochschule Domhof Ratzeburg und in der Evangelisch-lutherischen Landvolk-Hochschule Koppelsberg, die zum Teil mehrere Monate dauern, wurden in der Nachkriegszeit von schätzungsweise mindestens 10 000 Jugendlichen und Erwachsenen besucht. Abendvolkshochschulen sind sehr viel zahlreicher als Heimvolkshochschulen. 1946 gab es in Schleswig-Holstein 30, 1956 146 und 1966 201 Abendvolkshochschulen (einschließlich Außenstellen). Auch ihre Teilnehmerzahlen sind um ein Vielfaches höher als die der Heimvolkshochschulen.

Für die Jahre 1950 bis 1960 liegen Globalzahlen über den Besuch der Abendvolkshochschulen vor, und zwar für die einzelnen Trimester. Diese Daten sagen nichts aus über die Fülle von Stoffgebieten und über die vielfältigen Themenkreise. Sie können nur eine Vorstellung davon geben, wie groß der Kreis war, der die Abendvolkshochschulen in dem genannten Jahrzehnt in Anspruch genommen hat. So besuchten z. B. im Laufe

1) siehe dazu: Axel Henningsen "Beiträge zur Geschichte der Erwachsenenbildung in Schleswig-Holstein", Neumünster 1962, und Fritz Laack "Otto Monsheimers Wirken in Schleswig-Holstein", Sonderdruck aus der Festschrift "Otto Monsheimer zum 13. Dezember 1957"

2) Eine sechste Heimvolkshochschule liegt außerhalb der deutschen Grenzen in Tingleff (Nordschleswig)

Die Teilnehmer an Veranstaltungen der Abendvolkshochschulen Schleswig-Holsteins
in den Trimestern 1950/51 bis 1960/61

Jahr	1. Trimester September – Dezember		2. Trimester Januar – März		3. Trimester April – Juli	
	Teilnehmer an					
	Arbeits- gemeinschaften	Einzel- veranstaltungen	Arbeits- gemeinschaften	Einzel- veranstaltungen	Arbeits- gemeinschaften	Einzel- veranstaltungen
	in 1 000					
1950/51	26,4	45,2	30,0	57,5	12,3	19,5
1951/52	34,0	70,0	30,3	52,8	16,1	30,9
1952/53	33,8	68,6	35,4	72,4	18,2	36,0
1953/54	44,4	88,3	46,5	77,1	37,4	53,4
1954/55	43,3	72,9	44,6	70,1	40,8	52,4
1955/56	39,8	98,7	41,2	128,6	38,2	56,3
1956/57	40,4	101,7	43,3	127,7	39,7	57,5
1957/58	42,6	106,8	47,1	134,7	40,9	61,2
1958/59	49,6	109,1	56,1	139,2	43,0	62,9
1959/60	52,4	110,3	59,2	142,4	44,0	64,6
1960/61	52,3	109,0	54,8	136,5	42,0	63,9

Quelle: Landesverband der Volkshochschulen Schleswig-Holsteins e. V.

des Jahres 1960 nicht ganz eine halbe Million Hörer die Abendvolkshochschulen Schleswig-Holsteins. Darunter nahmen viele an Arbeitsgemeinschaften teil, d. h. an Veranstaltungen, die häufiger als nur an einem Abend besucht wurden. Beachtenswert ist ferner, daß sich der Teilnehmerkreis von 1950 bis 1960 weit mehr als verdoppelt hat.

Welche Stoffgebiete in den fünfziger Jahren von den Volkshochschulen geboten wurden, läßt sich aus den Erhebungen des Deutschen Städtetages³ für Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern entnehmen. Diese Angaben zeigen auch, wie sich das Interesse für die einzelnen Gebiete zwischen 1950 und 1956 gewandelt hat:

Stoffgebiet	Hörer – in % –	
	1950	1956
Sozialwissenschaften	15	8
Geistes- und Naturwissenschaften	13	15
Kunst	22	27
Sprachen	13	14
Berufspraxis	20	17
Technische Kurse	6	5
Leibesübungen	2	1
Sonstige Gebiete	10	13
Insgesamt	100	100

Seit 1961 stellt der schleswig-holsteinische Volkshochschulverband die Ergebnisse der Berichtsbogen der einzelnen Volkshochschulen sorgfältig zusammen und wertet sie aus⁴. Es

3) Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden, 1951 (S. 250) und 1957 (S. 290)

4) siehe hierzu vor allem die Veröffentlichungen von Rolf Pröpper in der "VHS-Korrespondenz"

gelang bisher zwar noch nicht, alle Volkshochschulen Schleswig-Holsteins zur Abgabe dieser Berichtsbogen zu bewegen; dennoch ermöglichen die zusammengefaßten Ergebnisse einen guten Überblick über die steigende Bedeutung der Erwachsenenbildung in Form einer modernen Volkshochschularbeit. Das eindruckvollste Ergebnis der letzten Jahre ist, daß im Jahre 1966 zum erstenmal über 1 Mill. belegte Doppelstunden bei den Veranstaltungen ermittelt werden konnten. Es lohnt sich nun, die einzelnen Arbeitsgebiete der Volkshochschule einmal näher zu betrachten.

Zunächst ein Blick auf die Arbeitsgemeinschaften, zu denen auch Arbeitskreise, Kurse, Lehrgänge und Wochenendseminare zählen. Hierbei handelt es sich um eine besonders intensive Arbeitsform der Volkshochschulen. Im Durchschnitt der letzten sechs Jahre konnten jährlich rund 3 000 Arbeitsgemeinschaften gebildet werden, 1966 waren es sogar 3 700. Sie waren 1966 von mehr als 66 000 Hörern belegt. Jede Arbeitsgemeinschaft dauerte in den letzten Jahren durchschnittlich 13 Doppelstunden. Das bedeutet, daß interessierte Menschen in Schleswig-Holstein in einem Jahr über 1,7 Mill. Stunden ihrer Freizeit freiwillig in Arbeitsgemeinschaften der Volkshochschule verbracht haben. Von diesen Interessierten waren etwa die Hälfte unter 25 Jahre alt und mehr als ein Zehntel über 50 Jahre alt. Sechs Zehntel aller Teilnehmer waren Frauen. Die Stoffgebiete der Arbeitsgemeinschaften weisen eine große Spannweite auf. Dennoch gibt es bevorzugte Gebiete. Auf die fünf beliebtesten Arbeitsgemeinschaften entfielen im Schnitt der Jahre 1961/66 zwei Drittel aller Teilnehmer:

Stoffgebiet

Fremdsprachen	19 %
Stenografie, Maschinenschreiben	18 %
Mitbürgerliche und politische Bildung	11 %
Künstlerisches Laienschaffen, Musikschule	10 %
Literatur	8 %

Aber nicht nur die großen Zahlen imponieren. So gibt es z. B. ein Stoffgebiet, das sich "langfristige Vorbereitung auf Prüfungen" nennt und das im Durchschnitt der letzten sechs Jahre nur 300 Teilnehmer hatte. Hinter dieser knappen Formulierung verbirgt sich ein Stoffgebiet, das harte Arbeit von den Teilnehmern erfordert; denn sie bereiten sich auf die mittlere Reife, das Abitur oder auf einen Fachschulbesuch vor. Und noch etwas fällt auf: Jede Arbeitsgemeinschaft umfaßte im Durchschnitt 18 Teilnehmer. Das ist eine kleine übersichtliche und arbeitsfähige Gruppe, in der etwas geleistet werden kann.

Neben den Arbeitsgemeinschaften gibt es Vortragsreihen, die aus mindestens drei Abenden bestehen und ein einheitliches Hauptthema haben. Diese Vortragsreihen wurden im Schnitt der letzten sechs Jahre von jährlich mehr als 40 000 Teilnehmern besucht. Die höchsten Teilnehmerzahlen hatten die Vortrags-

reihen des Stoffgebietes "mitbürgerliche und politische Bildung" aufzuweisen. Es geht dabei um die Themenkreise: Staat, Zeitgeschichte, Gesellschaft, Politik, Recht, Wirtschaft und politische Geschichte. Aber auch Vortragsreihen über "Literatur, Musik, bildende Kunst" und über "Heimat-, Länder- und Völkerkunde" finden großen Anklang. Auf diese drei Stoffgebiete, die der kritischen Information und der Urteilsbildung dienen, entfielen 1961 78% und 1966 69% aller Teilnehmer.

Es ist natürlich leichter, sich an einem Abend für eine Veranstaltung der Volkshochschule zu entschließen, als an einer Veranstaltungsreihe von längerer Dauer teilzunehmen. Daher ist auch die Zahl der Teilnehmer von Einzelveranstaltungen, d. h. von Vorträgen, Filmabenden oder auch Besichtigungen, Wanderungen und eintägigen Studienfahrten besonders hoch. In sechs Jahren haben in Schleswig-Holstein fast 900 000 Menschen an diesen Veranstaltungen teilgenommen, und zwar im Schnitt gut 60 Besucher je Veranstaltung. Das Angebot an Veranstaltungen war reichhaltig und umfaßte eine große Zahl von Fachgebieten. Es könnte sein, daß durch diese Einzelveranstaltungen nicht wenige Hörer Lust und Mut bekommen haben, auch an einer

Die Arbeit der Volkshochschulen in Schleswig-Holstein in den Jahren 1961 und 1966¹

Stoffgebiet	Arbeitsgemeinschaften ²		Teilnehmer an Vortragsreihen		Einzelveranstaltungen	
	1961	1966	1961	1966	1961	1966
Mitbürgerliche und politische Bildung	5 141	7 009	15 387	13 049	34 640	26 427
Heimat-, Länder- und Völkerkunde	938	1 933	8 096	8 128	28 566	35 148
Philosophie, Religion, Psychologie	1 705	2 383	1 273	3 449	4 800	4 100
Literatur, Musik, Bildende Kunst	5 285	3 556	8 377	9 757	25 917	44 552
Film, Funk, Fernsehen, Presse	384	516	345	460	7 895	11 599
Naturkunde, Technik, Medizin	3 021	4 475	1 932	3 913	7 351	10 906
Information und Urteilsbildung	16 474	19 872	35 410	38 756	109 169	132 732
Deutsche Sprache	1 397	2 862	—	—	83	464
Fremdsprachen	9 008	11 446	1 235	1 100	330	378
Stenografie, Maschinenschreiben	8 545	9 183	—	—	—	—
Technisches Zeichnen	333	633	—	230	—	39
Landwirtschaftliche Praxis	16	24	262	—	183	188
Langfristige Vorbereitung auf Prüfungen	163	336	—	—	—	—
Lernkurse	19 462	24 484	1 497	1 330	596	1 069
Künstlerisches Laienschaffen, Musikschule	2 713	9 538	287	917	6 945	11 928
Hauswirtschaftliche Veranstaltungen	2 996	4 421	86	34	145	35
Gymnastik, Tanz, Sport	2 773	5 786	—	—	1 580	1 685
Sonstiges	757	1 935	3 815	3 609	10 771	14 563
Förderung der Eigentätigkeit	9 239	21 680	4 188	4 560	19 441	28 211
Alle Stoffgebiete	45 175	66 036	41 095	44 646	129 206	162 012

1) 1961 nach den Angaben von 122 Volkshochschulen, 1966 nach den Angaben von 148 Volkshochschulen

2) Teilnehmer an mehreren Arbeitsgemeinschaften sind entsprechend oft gezählt

Quelle: Landesverband der Volkshochschulen Schleswig-Holsteins e. V.

Arbeitsgemeinschaft teilzunehmen. Erstaunlich ist nämlich, daß die Zahl der Besucher von Arbeitsgemeinschaften zwischen 1961 und 1966 am stärksten zugenommen hat (46%). Bei den Vortragsreihen war in diesem Zeitraum eine Zuwachsrate von nur 9% und bei den Einzelveranstaltungen eine von 25% festzustellen. Das ist eine Entwicklung, die die Volkshochschulen anspornen sollte, die Arbeitsgemeinschaften besonders zu pflegen und auszubauen.

Faßt man die angebotenen Stoffgebiete und Aufgabenbereiche zusammen, und zwar in die Kurse, die informieren und die Urteilsbildung stärken, in die Lernkurse und in die Kurse, die die Eigentätigkeit fördern, so erkennt man, daß 1966 bei den Arbeitsgemeinschaften alle drei Aufgabenbereiche fast gleichmäßig erfüllt wurden. Bei den Vortragsreihen und bei den Einzelveranstaltungen stand erwartungsgemäß der Bereich der Information und Urteilsbildung weit im Vordergrund.

Aufgabenbereich (Stoffgebiete: siehe große Tab.)	Teilnehmer im Jahre 1966 an		
	Arbeits- gemein- schaften	Vortrags- reihen	Einzel- veranstaltungen
	- in % -		
Information und Urteilsbildung	30	87	82
Lernkurse	37	3	1
Förderung der Eigentätigkeit	33	10	17
Alle Aufgabenbereiche	100	100	100

Die Teilnehmerzahlen der einzelnen Arbeitsformen und Aufgabenbereiche haben sich in den letzten Jahren unterschiedlich entwickelt. Auffallend ist, daß sich vor allem die Zahl der Besucher des Aufgabenbereiches zur Förderung der Eigentätigkeit stark erhöht hat. Arbeitsgemeinschaften, die die schöpferische Eigentätigkeit anregen (Laienspiel, Werken usw.) und die der Entspannung sowie dem Ausgleich dienen (Gymnastik, Sport, Tanz usw.) sind in steigendem Maße gefragt.

Aufgabenbereich	Teilnehmer im Jahre 1966 an		
	Arbeits- gemein- schaften	Vortrags- reihen	Einzel- veranstaltungen
	- 1961 = 100 -		
Information und Urteilsbildung	121	109	122
Lernkurse	126	89	179
Förderung der Eigentätigkeit	235	109	145
Alle Aufgabenbereiche	146	109	125

Es dürfte wenig bekannt sein, daß von den Volkshochschulen auch mehrtägige Studien-

reisen ins In- und Ausland angeregt und unternommen werden. In den Jahren 1964 bis 1966 wurden von den Volkshochschulen Schleswig-Holsteins fast 200 Studienreisen mit insgesamt 6 000 Teilnehmern gemeldet. Knapp die Hälfte der Teilnehmer kam in den Genuß einer Auslandsreise. Erwähnenswert ist ferner, daß sich die Volkshochschulen um den Aufbau von Ausstellungen bemühen. 1965 fanden z. B. vier Ausstellungen statt, die von 5 800 Interessenten besucht wurden.

Das Angebot der Volkshochschulen ist reich und vielfältig. Die Nachfrage nach den Veranstaltungen hat im Laufe der letzten beiden Jahrzehnte - wie gezeigt wurde - erheblich zugenommen. Die Volkshochschule als Einrichtung der Erwachsenenbildung gewinnt weiterhin an Bedeutung. Veränderungen in den Arbeitsformen und Verlagerungen in den Aufgabenbereichen sind dabei Zeichen dafür, daß sich die Volkshochschularbeit den modernen Erfordernissen immer mehr anpaßt. Ein großer Stab von Mitarbeitern gehört dazu, diese Aufgaben zu bewältigen. Um so erstaunlicher ist es daher festzustellen, daß fast alle Arbeitsgemeinschaften von nebenberuflichen oder ehrenamtlichen Dozenten geleitet werden. Darunter befinden sich besonders viele, die auch im Hauptberuf eine Lehr-tätigkeit ausüben. Da die Angaben über die Dozenten nicht vollständig vorliegen, wird davon abgesehen, Zahlen zu nennen. Ohne Geld geht es auch bei den Volkshochschulen nicht. Über die Gesamtfinanzierung der Volkshochschularbeit fehlen hier gleichfalls ausreichende Daten. Um eine kleine Vorstellung von der Größenordnung der Einnahmen und Ausgaben zu geben, wurden die statistischen Erhebungen des Deutschen Städtetages⁵ herangezogen. In den 13 Gemeinden mit über 20 000 Einwohnern, die erfaßt werden konnten, gaben die Volkshochschulen 1964 insgesamt 1,25 Mill. DM zur Bewältigung ihrer Aufgaben aus. Von dieser Summe konnten rund 454 000 DM, das sind 36%, durch Teilnehmergebühren gedeckt werden. Fast zwei Drittel der Ausgaben mußten durch Zuschüsse und Zuweisungen aufgebracht werden. Das klingt hart! Wenn aber bedacht wird, daß es sich hierbei um Investitionen handelt, die dazu bestimmt sind, den Erwachsenen, die häufig keinen anderen Zugang zu Bildungseinrichtungen haben, einen Bildungs- und Ausbildungsstand zu vermitteln, der sie befähigt, den Anforderungen des heutigen Alltags besser gewachsen zu sein, so dürften sich die Zuwendungen für die Volkshochschulen mehr als lohnen.

Dipl.-Volksw. Lieselotte Korscheyo

5) Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden 1965, S. 264

Die Krankenhäuser und ihr Personal 1966

Am 31. Dezember 1966 gab es in Schleswig-Holstein 127 Krankenhäuser, das ist dieselbe Zahl wie Ende 1965. Nach der Art und Zweckbestimmung ergab sich dagegen eine geringfügige Veränderung, denn ein Krankenhaus für Gynäkologie und Geburtshilfe mit 19 Betten wurde geschlossen, während eine Isolierstation mit 40 Betten in einem Kinderheim neu erfaßt wurde. Dadurch verminderte sich die Zahl der privaten Krankenhäuser um eins auf 42, und bei den freigemeinnützigen Krankenhäusern erfaßte man statt 25 jetzt 26. Die Zahl der öffentlichen Krankenhäuser blieb mit 59 unverändert.

Planmäßige Betten

Mit 25 430 planmäßigen Betten standen am 31. Dezember 1966 fast genau so viele Betten zur Verfügung wie Ende 1965. Auch die Aufteilung auf die Krankenhausträger blieb im Vergleich zu 1965 nahezu gleich. Etwa 71% der Betten entfielen auf die öffentlichen Krankenhäuser, fast ein Viertel (24%) auf die freigemeinnützigen Krankenhäuser und die übrigen 5% auf die privaten Kliniken.

11 686 Betten, also knapp die Hälfte aller planmäßigen Betten im Lande, befinden sich in den 53 allgemeinen Krankenhäusern. Das Angebot in den 9 Krankenhäusern für Psychia-

trie und Neurologie (einschließlich Heil- und Pflegeanstalten) beläuft sich auf 8 302 Betten, das in den 11 Tuberkulose-Krankenhäusern auf 2 071 Betten.

Da es für die schleswig-holsteinische Bevölkerung von besonderem Interesse ist, wieviel planmäßige Betten für die stationäre Behandlung akuter Krankheiten zur Verfügung stehen, müssen zur Beantwortung dieser Frage die Betten in Sonderkrankenhäusern wie psychiatrische, Tuberkulose-Krankenhäuser u. a. außer Betracht gelassen werden. Danach waren Ende 1966 für Akutkranke 13 029 planmäßige Betten vorhanden. Je 10 000 Einwohner standen also 53 Betten bereit. Gegenüber 1965 war die Bettenziffer damit um einen Punkt niedriger.

Vergleichszahlen zwischen den einzelnen Kreisen des Landes sind problematisch und wenig aussagekräftig, weil sich der Einzugsbereich der einzelnen Krankenhäuser je nach Standort weit über die Kreisgrenzen hinaus erstreckt. Dies zeigt sich zum Beispiel daran, in welchem Umfang in den öffentlichen und freigemeinnützigen Akutkrankenhäusern der einzelnen Kreise Kranke stationär behandelt werden, deren Wohnsitz sich außerhalb des Kreises befindet. So waren von den 41 934 in den allgemeinen Krankenhäusern der Stadt Kiel stationär behandelten Kranken nur 23 571 (56%) Kieler, während 17 404 (42%) aus dem übrigen

Die in den Kreisen 1966 stationär behandelten Kranken nach ihrer Herkunft
(Patienten in öffentlichen und freigemeinnützigen Akutkrankenhäusern)

Sitz des Krankenhauses (KREISFREIE STADT Kreis)	Stationär behandelte Kranke	davon wohnten					
		in demselben Kreis		in anderen Kreisen Schleswig-Holsteins		außerhalb Schleswig-Holsteins	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
FLensburg	16 168	9 247	57	6 672	41	249	2
KIEL	41 934	23 571	56	17 404	42	959	2
LÜBECK	34 059	25 110	74	7 883	23	1 066	3
NEUMÜNSTER	9 653	5 263	55	4 229	44	161	2
Eckernförde	3 187	2 975	93	91	3	121	4
Eiderstedt	973	878	90	46	5	49	5
Eutin	10 412	5 450	52	4 750	46	212	2
Flensburg-Land
Hzgt. Lauenburg	10 372	9 549	92	175	2	648	6
Husum	4 712	3 602	76	1 081	23	29	1
Norderdithmarschen	9 465	5 858	62	3 325	35	282	3
Oldenburg in Holstein	4 719	3 970	84	475	10	274	6
Pinneberg	18 100	16 435	91	921	5	744	4
Plön	3 493	3 269	94	143	4	81	2
Rendsburg	10 185	8 571	84	1 459	14	155	2
Schleswig	7 006	6 540	93	369	5	97	1
Segeberg	7 974	6 720	84	880	11	374	5
Steinburg	11 635	9 458	81	1 432	12	745	6
Stormarn	9 639	7 562	78	1 406	15	671	7
Süderdithmarschen	5 417	4 979	92	276	5	162	3
Südtondern	7 281	6 069	83	367	5	845	12

Schleswig-Holstein und 959 (2%) aus anderen Gebieten kamen. Von den 17 404 Kranken aus anderen Kreisen Schleswig-Holsteins wohnten 4 934 (28%) im Kreis Plön und 3 038 (17%) im Kreis Rendsburg. In Neumünster und Flensburg kamen 44% und 41% der Kranken aus den übrigen Kreisen Schleswig-Holsteins. In den Flensburger allgemeinen Krankenhäusern wurden allein 4 801 (30%) Einwohner des Kreises Flensburg-Land, in dem sich keine Krankenhäuser befinden, behandelt. Auch die allgemeinen Krankenhäuser in den Kreisen Eutin und Norderdithmarschen nahmen verhältnismäßig viele kreisfremde Personen auf. Dagegen waren die allgemeinen Krankenhäuser in den Kreisen Plön, Schleswig, Eckernförde, Hzt. Lauenburg, Süderdithmarschen, Pinneberg und Eiderstedt zu 90 und mehr Prozent mit Einwohnern des jeweiligen Kreises belegt.

Ausmaß der Krankenpflege

Im Jahre 1966 wurden in den Krankenhäusern insgesamt 305 036 Kranke¹ stationär behandelt. Darin enthalten sind 17 104 psychiatrische und neurologische Fälle. Gegenüber 1965 hat sich die Zahl der Behandelten um 6 683 erhöht. Läßt man die Betreuung der Kranken in den psychiatrischen und neurologischen Krankenhäusern wegen der dort gegebenen besonderen Situation unberücksichtigt, dann wurden 1966 etwa 5,5 Millionen Pflegetage geleistet. Damit zählte man trotz erhöhter Krankenzahl 51 739 Pflegetage weniger als 1965. Jedes der tatsächlich aufgestellten Betten ohne die in den psychiatrischen und neurologischen Kliniken war 1966 im Durchschnitt 311 Tage belegt, was einer Kapazitätsausnutzung von 85% entspricht. Würde man die psychiatrischen und neurologischen Krankenhäuser und -abteilungen mit einem Ausnutzungsgrad von 96% in diese Betrachtung einbeziehen, so ergäbe die dann ermittelte durchschnittliche Kapazitätsausnutzung von 89% in sämtlichen Krankenhäusern ein falsches Bild. Mit Ausnahme der psychiatrischen und neurologischen Fälle lag 1966 jeder Kranke im Durchschnitt 20 Tage im Krankenhaus, 1965 durchschnittlich fast einen Tag länger. In den einzelnen Fachkrankenhäusern und -abteilungen schwankt die durchschnittliche Verweildauer für Akutkranke zwischen 37 Tagen (Orthopädie) und 9 Tagen (Hals-, Nasen-, Ohren-Krankheiten). Die an Tuberkulose erkrankten Personen wurden im Durchschnitt 146 Tage gepflegt.

Kranke, Pflegetage und Verweildauer in Krankenhäusern und Fachabteilungen 1966

Krankenhäuser und Fachabteilungen	Stationär behandelte Kranke in 1 000	Pflege-tage in 1 000	Durchschnittliche Verweildauer in Tagen ¹
Allgemeine Krankenhäuser ohne abgegrenzte Fachabteilungen mit abgegrenzten Fachabteilungen ²	19 199	246 3 494	13 18
Fachkrankenhäuser u. Fachabteilungen davon	286	5 277	20
Innere Krankheiten	64	1 249	20
Infektionskrankheiten	3	76	26
Säuglings- und Kinderkrankheiten	14	297	22
Chirurgie	88	1 556	18
Orthopädie	2	82	37
Gynäkologie, Geburtshilfe	55	523	10
Hals-, Nasen-, Ohrenkrankheiten	10	85	9
Augenkrankheiten	3	57	18
Haut- und Geschlechtskrankheiten	3	66	27
Tuberkulose	7	702	146
Psychiatrie und Neurologie	17	.	.
Kurkrankenhäuser	5	179	36
Sonstige (einschl. Bettenstationen)	15	405	29
Zusammen	305	5 523	20

1) 2 · Pflegetage
Zugang + Abgang

2) Die Zahlen sind außerdem bei den einzelnen Fachabteilungen aufgeführt

Personal

Nach dem Stand vom 31. Dezember 1966 arbeiteten in den Krankenhäusern Schleswig-Holsteins einschl. der 271 Medizinal-Assistenten 1 592 Ärzte, darunter 940 Fachärzte. Die Zahl der hauptberuflich tätigen Ärzte ist gegenüber dem Vorjahr um etwa 2% auf 1 036 angestiegen.

Einen gewissen Eindruck von der ärztlichen Betreuung im Krankenhaus gibt die Zahl der Kranken, die im Durchschnitt auf einen Arzt entfallen. Dabei ist es zweckmäßig, die "sonstigen Ärzte", wie Gutachter, Konsiliar- und teilbeschäftigte Ärzte, wegen ihrer Sonderstellung unberücksichtigt zu lassen. Die Berechnung ergibt, daß jeder Arzt im Durchschnitt 15 der belegten Betten übernehmen muß.

Neben den Ärzten sind noch 16 325 Personen verschiedener Fachgruppen in den Krankenhäusern beschäftigt; darunter sind 7 175 in der Krankenpflege tätig. Unter den Krankenpflegeberufen bilden die Krankenschwestern und -pfleger mit 3 397 die stärkste Gruppe.

Die 6 478 Wirtschaftskräfte wie Handwerker, Heizer, Pförtner, Küchen-, Reinigungs- und

1) einschl. Mehrfachzählungen durch mehrfache Erkrankung oder Wechsel des Krankenhauses oder der Fachabteilung

Personal der Krankenhäuser am 31. 12. 1966

Leitende Ärzte	206
Oberärzte	209
Assistenzärzte	621
Medizinalassistenten	271
Belegärzte	239
Sonstige Ärzte	46
Ärzte zusammen	1 592
Krankenschwestern und -pfleger	3 397
KrankenschwesternschülerInnen und -pflegeschüler	756
Kinderkrankenschwestern	324
KinderkrankenschwesternschülerInnen	246
Krankenpflegehelfer(-innen)	292
Krankenpflegehelferschüler(-innen)	95
KrankenpflegevorschülerInnen	169
Pflegekräfte ohne staatliche Prüfung	1 896
Pflegepersonal zusammen	7 175
Hebammen (festangestellte)	61
Hebammenschülerinnen	8
Wochenpflegerinnen	10
Säuglings- und KinderpflegerInnen	55
Apotheker(-innen)	24
Sonstiges pharmazeutisches Personal	13
Nichtpharmazeutisches Apothekenpersonal	53
Med.-techn. Assistenten(-innen)	505
Sonstige im med.-techn. Dienst tätige Personen	163
Krankengymnasten, Masseure, med. Bademeister(-innen)	261
Fürsorger, Fürsorgeschüler(-innen)	18
Erziehungs- und Lehrkräfte	94
Desinfektoren	21
Sonstige med. Hilfspersonen	73
Sonstige im medizinischen Dienst tätige Personen	1 359

Schluß: Personal der Krankenhäuser am 31. 12. 1966

Arztschreibkräfte	426
Verwaltungspersonal	887
Wirtschaftspersonal	6 478
Verwaltungs- und Wirtschaftspersonal	7 791
Krankenhauspersonal insgesamt	17 917

Wäschereipersonal bilden eine weitere bedeutende Gruppe innerhalb des Krankenhauspersonals. Mehr als ein Drittel des gesamten Krankenhauspersonals ist also mit derartigen Arbeiten beschäftigt. Erwähnenswert ist ferner, daß in den Krankenhäusern rund 1 300 Verwaltungskräfte und fast 700 medizinisch-technische Assistenten (-innen) und sonstige mit medizinisch-technischen Aufgaben betraute Personen tätig sind. Das zeigt, in welchem Ausmaß bei der Versorgung der Kranken in den Krankenhäusern neben der medizinischen Betreuung auch wirtschaftliche, verwaltungsmäßige und medizinisch-technische Leistungen erbracht werden müssen.

Dipl.-Volksw. Peter Möller

Vergleiche auch: "Die Krankenanstalten 1962" und "Die Krankenhäuser 1965" in Stat. Monatsh. S.-M. 1964, S. 141 (Juni) und 1966, S. 279 (Dezember) sowie "Krankenhäuser 1966" in Wirtschaft und Statistik 1968, S. 22 (Januar)

Das Bauhauptgewerbe 1950 bis 1967

Teil 3

Umsatz je Arbeitsstunde

Der vorhergehende Beitrag schloß mit der Feststellung, daß trotz beträchtlicher Unterschiede in den Produktionsverfahren die auf die einzelnen Bauarten entfallenden Anteile von Umsatz und Arbeitsstunden nicht sehr weit voneinander entfernt sind. Dabei zeigt sich die höhere Kapitalintensität einer Bauart darin, daß ihr Umsatzanteil größer ist als ihr Arbeitsstundenanteil; umgekehrt ist die Kapitalintensität geringer, wenn der Umsatzanteil kleiner als der Arbeitsstundenanteil ist. So war der Straßenbau 1966 mit 16,3% am Umsatz aber nur mit 14,4% an den Arbeitsstunden des Bauhauptgewerbes beteiligt, im Wohnungsbau lag der Umsatzanteil mit 39,8% unter dem Arbeitsstundenanteil, der 42,6% ausmachte.

Für das Jahr 1950 sind leider keine Umsätze je Arbeitsstunde in den einzelnen Bauarten

Umsatz je Arbeitsstunde nach der Bauart

Bauart	1954	1960	1966
	Umsatz je Arbeitsstunde in DM		
Insgesamt	4,87	9,46	16,54
davon			
Wohnungsbau	4,62	8,97	15,48
Landwirtschaftlicher Bau	4,36	8,90	16,23
Gewerblicher und industrieller Bau	5,39	9,65	17,48
Öffentlicher und Verkehrsbau zusammen	5,15	10,09	17,42
davon			
Hochbau	5,46	9,56	16,11
Straßenbau	.	11,38	18,74
sonstiger Tiefbau	.	9,67	17,03

vorhanden. Man kann nur den Umsatz je Arbeitsstunde für alle Bauarten zusammengekommen ermitteln, der sich damals auf 3,58 DM stellte, übrigens etwas höher als

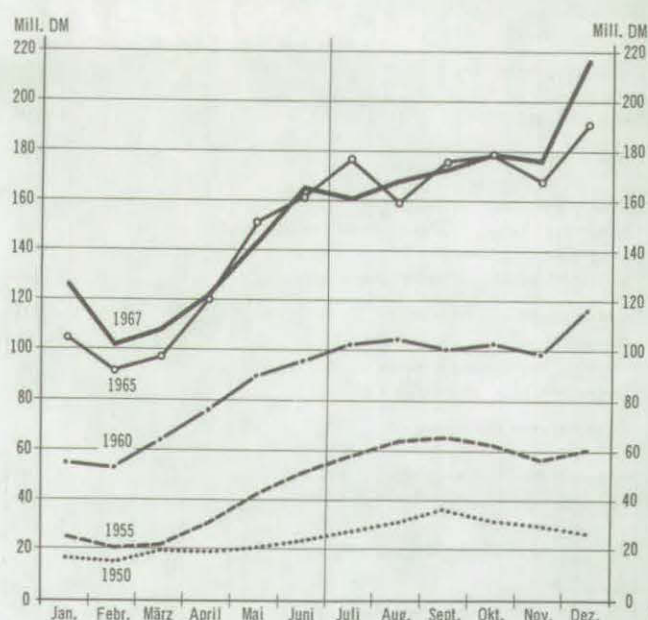
im Bundesgebiet, wo diese Kennziffer 3,41 DM betrug. Die ersten umfassenden Daten sind für 1954 verfügbar. Der Umsatz je Arbeitsstunde für alle Bauarten belief sich damals auf 4,87 DM. Gewerbliche und industrielle Bauten sowie die öffentlichen und Verkehrsbauten lagen mit 5,39 DM und 5,15 DM über dem Mittelwert, während Wohnungsbau und landwirtschaftlicher Bau darunter blieben. Dies gilt auch für 1955, 1960, 1965 und 1966. In diesem Jahr ist der Umsatz je Arbeitsstunde insgesamt auf 16,54 DM angewachsen, das ist fast das Fünffache des Betrages von 1950. Seit 1960 wird der öffentliche und Verkehrsbau nach Hochbau, Straßenbau und sonstigem Tiefbau unterteilt. Dabei stellt sich heraus, daß die höchsten Umsatzwerte je Arbeitsstunde im Straßenbau erreicht werden; 1966 betrug dieser Wert 18,74 DM. Er war damit um 2,20 DM höher als der Durchschnittswert und um 3,26 DM höher als der Wert für den Wohnungsbau, der in diesem Jahr bei 15,48 DM lag und den niedrigsten Wert aller Bauarten darstellte. In den anderen Jahren wurden die niedrigsten Werte im landwirtschaftlichen Bau festgestellt. Die landwirtschaftlichen Bauten haben ohnehin im Laufe des betrachteten Zeitraumes relativ an Bedeutung verloren. Von etwas über 10% im Jahre 1950 (gemessen an den Arbeitsstunden) verminderte sich ihr Anteil auf 5,1% im Jahre 1965, stieg dann allerdings bis 1966 leicht auf 5,4% an. Verhältnismäßig gleichbleibend war der Anteil des gewerblichen und industriellen Baus, während der öffentliche und Verkehrsbau deutlich an Gewicht zugenommen hat. 1965 war, wenn man die Arbeitsstunden zugrunde legt, der öffentliche und Verkehrsbau etwas gewichtiger als der Wohnungsbau. Beim Umsatz ist das noch ausgeprägter.

Monatsumsätze

Wie schon an anderer Stelle ausgeführt, besteht zwar keine hinreichende zeitliche Übereinstimmung zwischen den Bauleistungen in einem Monat und den Umsätzen in diesem Monat; trotzdem dürfte es nicht uninteressant sein, die monatlichen Umsatzwerte, die vorwiegend Eingänge auf Bank- und Kassenkonten sind und somit der sogenannten finanziellen Sphäre zugeordnet werden, über einen längeren Zeitraum zu verfolgen. Der saisonale Verlauf der Bautätigkeit ist aus den jahreszeitlichen Schwankungen der Beschäftigtenzahl und aus den monatlich geleisteten Arbeitsstunden sicher besser abzulesen, als aus den unterschiedlichen monatlichen Umsätzen. Die Monatsumsätze können aber gut als Hinweise für die jahreszeitlichen Unterschiede in der

D - 3893

Die monatlichen Umsätze im Bauhauptgewerbe



Liquiditätslage der Bauunternehmen herangezogen werden: Wenn dieser Gesichtspunkt im Vordergrund steht, ergibt sich folgendes:

In dem 18 Berichtsjahre umfassenden Untersuchungszeitraum waren in 17 Jahren die Umsatzwerte im Februar am kleinsten, die Liquidität also am engsten. Von dieser Regelmäßigkeit gab es lediglich 1956 eine Ausnahme, und zwar verschob sich das Minimum auf den März. Die Ausnahme ist aber in ihrem Gewicht so gering, daß es einem schwerfällt, sie überhaupt als Abweichung zu werten.

Die Monate mit den höchsten Umsätzen, der größten Liquidität also, sind längst nicht so eindeutig festgelegt. Die Liquiditätssituation ist zwar durchweg im zweiten Halbjahr jedes Jahres günstiger als im ersten Halbjahr, aber in den Jahren 1950 bis 1959 ist die Lage des Maximums indifferenter als die des Minimums, wenn auch der Oktober mit Abstand als der Monat der besten Liquidität anzusehen ist. Auch hier fällt das Jahr 1956 mit einer Verschiebung auf den Juli aus dem Rahmen.

Von 1960 an ist dann die Liquiditätslage völlig monoton: jahraus, jahrein werden die höchsten Umsatzwerte im Dezember, die niedrigsten im Februar nachgewiesen. Eine Besonderheit ist noch kurz zu vermerken; es handelt sich um ein kleines Zwischentief, das sich seit 1953 - ebenfalls regelmäßig in jedem Jahr - im November bemerkbar macht. Die Spannweite zwischen dem niedrigsten und dem höchsten Monatsumsatz eines Jahres, die auch als ein Maß für die Anspannung

Monatsumsatz des Bauhauptgewerbes

Monat	1950		1955		1960		1965		1967	
	Mill. DM	Meßziffer	Mill. DM	Meßziffer	Mill. DM	Meßziffer	Mill. DM	Meßziffer	Mill. DM	Meßziffer
Januar	15,7	107	24,7	123	54,6	104	104,4	114	126,2	124
Februar	14,7	100	20,0	100	52,3	100	91,4	100	101,9	100
März	19,2	131	20,7	103	63,5	121	96,4	105	107,7	106
April	18,6	127	29,6	148	75,6	144	119,9	131	120,8	119
Mai	20,0	137	41,4	207	89,6	171	150,2	164	142,3	140
Juni	23,0	157	50,5	252	95,4	182	160,8	176	164,7	162
Juli	26,9	183	57,1	285	102,2	195	176,8	193	160,8	158
August	30,8	210	63,2	316	104,9	200	159,2	174	167,8	165
September	36,5	248	65,0	325	100,6	192	175,7	192	172,0	169
Oktober	31,6	215	61,5	307	102,6	196	177,8	194	178,3	175
November	29,1	198	56,1	280	98,0	187	167,8	183	176,0	173
Dezember	26,0	177	60,1	300	116,0	222	191,2	209	216,7	213
Jahressumme	292,1		550,0		1 055,4		1 771,7		1 834,9	

der Liquidität gelten kann, bewegt sich zwischen dem doppelten und dem dreifachen des niedrigsten Wertes.

Gerätebestand

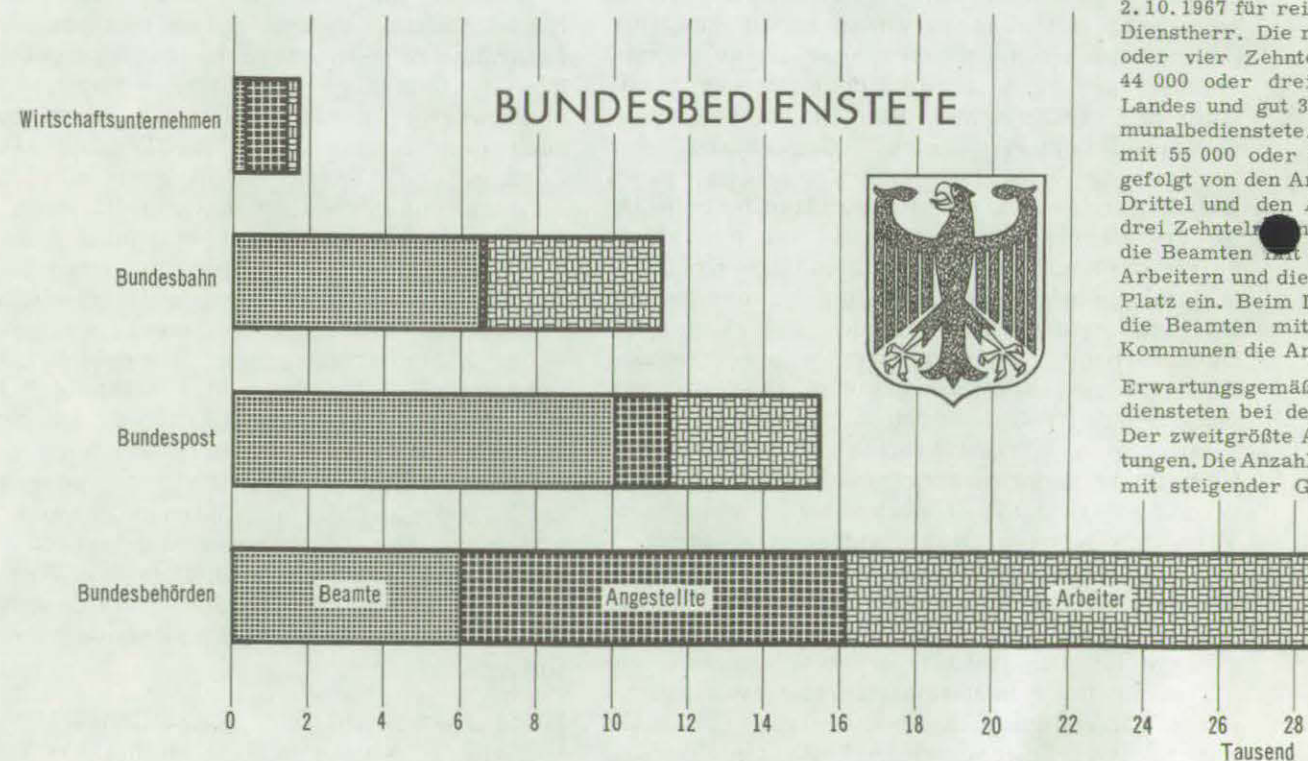
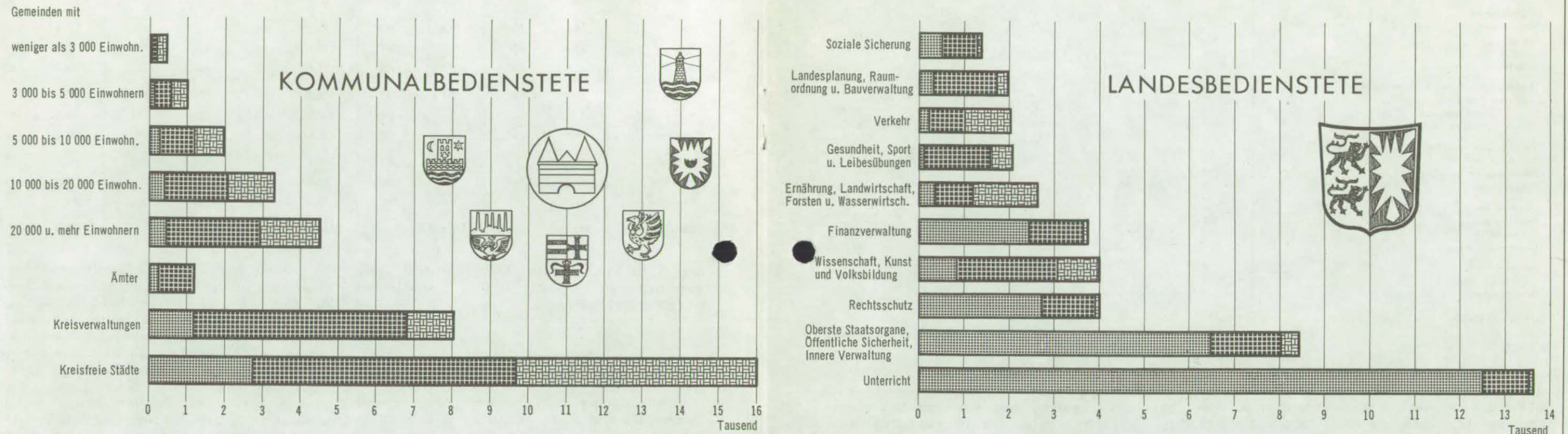
Die Ausstattung des Bauhauptgewerbes mit Baugeräten und Maschinen aller Art ist nicht nur unter dem Aspekt des Ersatzes menschlicher Arbeitskraft durch mechanische Kraft zu sehen; mit diesem andauernden Substitutionsprozeß ist auch eine ganze Reihe ökonomischer und technischer Probleme verknüpft. Die rein technischen Fragen können hier verständlicherweise nicht Gegenstand der Darstellung sein. Bei einer flüchtigen ersten Betrachtung steht der Kapazitätseffekt meist im Vordergrund. Da er leicht erkennbar ist, verdeckt er u. U. weniger augenfällige Erscheinungen, wie etwa die mit zunehmender Mechanisierung abnehmende Fähigkeit der Bauunternehmen, sich an wechselnde Beschäftigungslagen schnell anzupassen. Diese Anpassung wurde früher durch unmittelbare Freisetzung von Arbeitskräften mit sofortiger kapazitätseinschränkender und kostensparender Wirkung erreicht. Gleichzeitig wirkte dies Verhalten - vom Baumarkt her gesehen - angebotsvermindernd, also tendenziell preiserhöhend. Die größere Leistungsfähigkeit infolge vermehrten Kapitaleinsatzes wird mit geringerer Flexibilität erkauft. So hat die als nachgeholte Industrialisierung zu bezeichnende Entwicklung im Bauhauptgewerbe nicht nur positive Seiten, wie Arbeitserleichterung und Arbeitszeitverkürzung, sondern auch betriebswirtschaftliche Nachteile, wie steigen-

der Anteil fixer Kosten, damit abnehmende Elastizität und größere Konjunkturanfälligkeit, mit sich gebracht. Nachstehend soll versucht werden, die quantitative Seite der Mechanisierung seit 1950 aufzuzeigen, soweit die Daten über den Bestand an wichtigen Geräten, die jährlich einmal - und zwar zur Jahresmitte - erfragt werden, das zulassen. Dabei ist von vornherein zu berücksichtigen, daß jeweils nur der zahlenmäßige Bestand zu einem bestimmten Zeitpunkt festgestellt wird, qualitative Unterschiede sind also nur mit Einschränkungen - bei einigen Geräten werden Leistungsklassen unterschieden - zu erkennen. Ein hoffnungslos veralteter Bagger steht gleichwertig neben einem Hydraulikbagger nach dem letzten Stand der Technik. Da die Zugänge und Abgänge nicht getrennt erfragt, sondern nur ihr Saldo festgestellt wird, muß bei Vergleichen bedacht werden, daß auch bei einem zahlenmäßig unveränderten Bestand an zwei Stichtagen sehr wohl die Qualität dazwischen erheblich verbessert worden sein kann. Es kann mit großer Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß ständig ältere, weniger leistungsfähige Geräte durch neueste Hochleistungsgeräte ersetzt werden, so daß sich das Leistungspotential stärker ausgeweitet hat, als es nach den einfachen Zuwachsraten aussieht. Der technische Fortschritt wird heute nicht nur sehr schnell in der Wirtschaft realisiert, er hat auch - zumindest als Möglichkeit - eine Kapazitätsausweitung im Gefolge.

Wenn man sich eine Aufstellung über den Bestand an wichtigen Geräten und ihre zahlenmäßigen Veränderungen ansieht, dann läßt sich schon für den doch verhältnismäßig

Das Personal im öffentlichen Dienst in Schleswig-Holstein · 1967

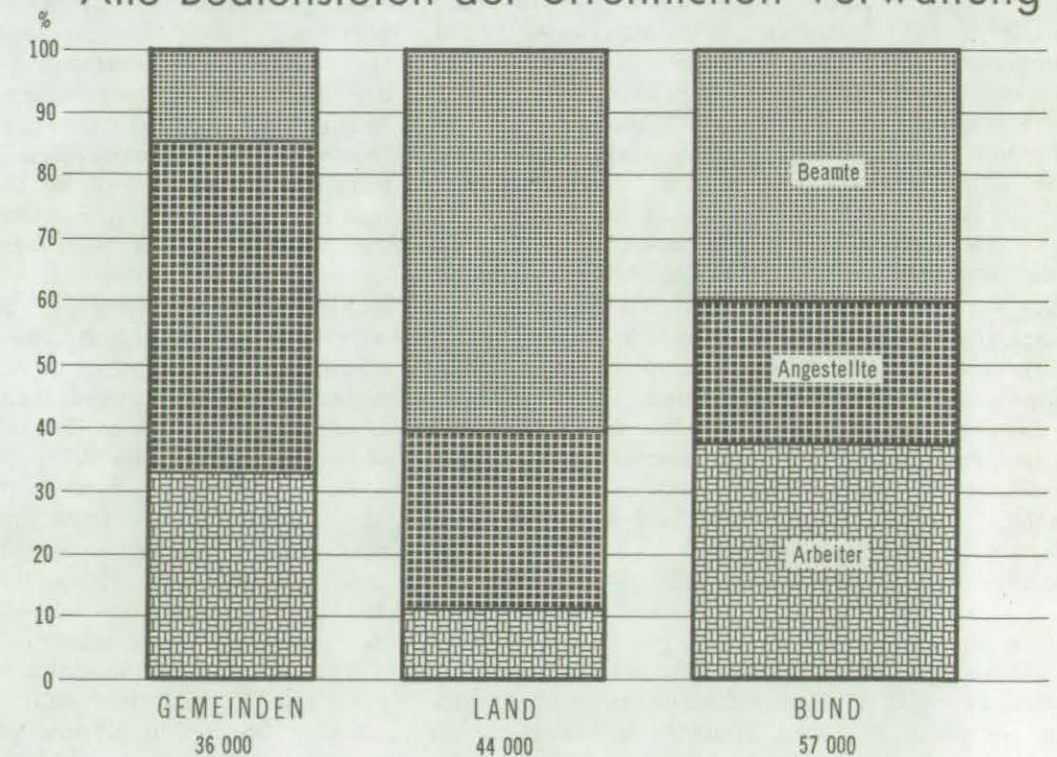
— NUR VOLLBESCHÄFTIGTE —



Der Bund, das Land und die Kommunen waren am 2.10.1967 für reichlich 137 000 Vollbeschäftigte der Dienstherr. Die meisten von ihnen, nämlich 57 000 oder vier Zehntel, sind beim Bund beschäftigt, 44 000 oder drei Zehntel stehen im Dienst des Landes und gut 36 000 oder ein Viertel sind Kommunalbedienstete. Insgesamt stellen die Beamten mit 55 000 oder vier Zehnteln den größten Anteil, gefolgt von den Angestellten mit 45 000 oder einem Drittel und den Arbeitern mit 38 000 oder knapp drei Zehnteln. Unter den Bundesbediensteten liegen die Beamten mit vier Zehnteln nur leicht vor den Arbeitern und die Angestellten nehmen den letzten Platz ein. Beim Land herrschen dagegen eindeutig die Beamten mit sechs Zehnteln vor und bei den Kommunen die Angestellten mit fünf Zehnteln.

Erwartungsgemäß sind die meisten Kommunalbediensteten bei den kreisfreien Städten beschäftigt. Der zweitgrößte Arbeitgeber sind die Kreisverwaltungen. Die Anzahl der Kommunalbediensteten wächst mit steigender Größenklasse. Von den Landesbediensteten entfallen mehr als drei Zehntel auf das Schulwesen. In diesem Bereich sind fast ausschließlich Beamte tätig. Unter den Dienststellen des Bundes in Schleswig-Holstein ragen, der personellen Besetzung nach, die Bundesbehörden heraus. Es handelt sich hier hauptsächlich um die Wehrbereichsverwaltung und das übrige Zivilpersonal der Bundeswehr.

Alle Bediensteten der öffentlichen Verwaltung



Bestand an ausgewählten Geräten im Bauhauptgewerbe

- Stand Jahresmitte -

	1950	1955	1960	1965	1967
Lokomotiven	376	495	416 ^a	.	.
Muldenkipper	7 443	8 821	6 738 ^a	.	.
Gleismaterial (1 000 m)	361	349 ^b	.	.	.
Planierdrauen	.	117	361	728	745
Schürfwagen	.	9	18	29	31
Erdhobel	.	.	.	103	115
Lader	.	.	146	225	279
Schütter	.	.	.	373	461
Straßenbaumaschinen für Schwarzdecken					
und zwar Fertiger	.	.	109	220	217
Mischanlagen	.	.	24	45	40
Motorspritzmaschinen	.	.	130	232	228
Verdichtungsmaschinen für Böden und Beton	.	.	512	1 130	1 025
Straßenwalzen	118	218	302	559	639
Rammen (ohne Handrammen)	233	382	330	415	332
Bagger	78	280	647	1 512	1 609
Lastkraftwagen	542	1 113	1 906	3 447	3 629
Bauaufzüge	522	935	1 717	2 359	2 327
Förderbänder	258	571	969	1 391	1 438
Putzmaschinen	.	.	.	148	149
Turmdrehkrane	9	33	95	400	458
Stahlrohrgerüste (t)	2	114	646	3 571	4 393
Betonmischer	1 374	2 345	3 943	5 952	5 966

a) Zahl von 1957

b) Zahl von 1953

kurzen Zeitraum von 1950 bis 1967 feststellen, daß die Geräteliste 1967 von der des Jahres 1950 nicht unerheblich abweicht. Es gibt eine Gruppe von Geräten, die noch 1950 und einige Jahre danach eine Rolle spielten, heute aber fast nicht mehr bekannt sind. Feldbahnloks, Muldenkipper und einige hundert Kilometer dazugehöriger Gleise werden seit 1958 überhaupt nicht mehr erfragt, obwohl Bodenbewegungsarbeiten heute gewiß nicht weniger vorkommen als vor etwa 10 Jahren. Sie sind überholt worden durch beweglichere Geräte, wie Schürfwagen, Lader und Schütter usw., die in Kombination mit Speziallastkraftwagen fast alle Bodenbewegungen ausführen können. Nur in Ausnahmefällen, wenn der Untergrund oder andere Gegebenheiten den Einsatz von Rad- oder Raupenfahrzeugen verbieten, kommt noch die gute alte Feldbahn zum Zuge. Neben den neuen sehr "dynamischen" Geräten, die besonders im Straßenbau fast so etwas wie eine Revolution der Produktionsverfahren einleiteten, wären als dritte Gruppe die mehr "statischen", schon fast traditionellen Geräte, wie Betonmischer, Förderbänder, Rammen u. ä. zu nennen.

Aber auch hier sind Neuerungen (Innovationen) nicht ausgeblieben; so werden neuerdings (seit 1964 erfragt) Putzmaschinen verwendet, die die aufwendigen, weil bisher nur von Hand zu bewältigenden Putzarbeiten wesentlich erleichtern. Ein weiteres Gerät, der Turmdrehkran,

ist in wenigen Jahren fast zum Status-Symbol im Bauhauptgewerbe geworden. Dieses Gerät hat in Verbindung mit weiteren Neuerungen im Hochbau, wie der Verwendung vorgefertigter Bauteile im sogenannten Montagebau, dem Einsatz von Ziegelpaketen, von Transportbeton usw., wesentlich dazu beigetragen, daß über Generationen übliche Bauweisen von Verfahren abgelöst wurden, die sich der industriellen Produktionsweise immer stärker nähern. Welche Folgeinvestitionen erforderlich waren, um eine möglichst kontinuierliche Beschäftigung - hier mehr aus technischer Sicht - auch während der Schlechtwetterperioden zu erreichen, darauf kann nur allgemein hingewiesen werden. Zahlen über Heizungsanlagen für Baustellen, winterfeste Unterkünfte u. ä. werden in der Bauberichterstattung nicht ermittelt. Am Beispiel der Turmdrehkrane wird auch deutlich, in welchem Tempo diese Innovation verwirklicht wurde: Von 1950 bis 1960 hat sich der Bestand zwar auf 95 verzehnfacht, ein Bestand von noch nicht 100 Geräten im ganzen Lande muß aber als unterhalb einer "kritischen Menge" angesehen werden. Mit anderen Worten: die damalige Seltenheit der Turmdrehkrane hatte noch keine qualitativen Folgen für die Bauproduktion. Das trat erst ein, als in weiteren fünf Jahren - also bis 1965 - über 300 Krane angeschafft wurden, allein vom Sommer 1964 bis zum Sommer 1965 fast 100, das sind mehr als in dem Jahrzehnt

von 1950 bis 1960! Außerdem änderte sich die Zusammensetzung des Bestandes. Bis 1960 waren nämlich die kleineren Turmdrehkrane mit weniger als 16 mt Leistung stärker vertreten als die größeren. Seitdem sind die größeren Geräte (über 16 mt) stärker am Bestand beteiligt als die kleineren, was eine über die rein zahlenmäßige Bestandsvermehrung hinausgehende erhöhte Leistungsfähigkeit bedeutet. Siehe dazu folgende Tabelle:

Bestandsentwicklung bei Turmdrehkranen von 1960 – 1967
– Stand Jahresmitte –

Jahr	Turmdrehkrane Insgesamt	davon	
		bis unter 16 mt	16 mt und mehr
1960	95	54	41
1961	126	57	69
1962	194	93	101
1963	258	126	132
1964	303	161	142
1965	400	172	228
1966	439	193	246
1967	458	216	242

Nicht viel anders verlief die Entwicklung bei den Stahlrohrgerüsten, die in kurzer Zeit die über Jahrhunderte gebräuchlichen Holzrüstungen weitgehend verdrängt haben. Der Betonmischer gehört wohl heute zur Standardausrüstung eines Baubetriebes wie die Kelle zum Maurer. Die Bestandsvermehrung auf gut das Vierfache ist zwar nicht ganz so stürmisch verlaufen wie bei manchen anderen Geräten, aber von einem recht hohen Niveau 1950 ausgehend bedeutet eine Zahl von rund 6 000 Betonmischern, daß im Schnitt jeder Baubetrieb mehr als zwei Betonmischer besitzt (Stand 30. 6. 1967). Ein Bauaufzug ist rechnerisch bei ungefähr jedem der rund 2 500 schleswig-holsteinischen Baubetriebe vorhanden. Jeder Betrieb hat – auch wieder im rechnerischen Durchschnitt – einen ganzen und einen halben Lastkraftwagen. Eine Planier-
raupe hat demgegenüber jeder dritte Betrieb, wenn man die Daten wie bisher auf alle Betriebe des Bauhauptgewerbes bezieht. Diese Beziehungszahl ist jedoch sachlogisch nicht vertretbar; da eine Reihe von Gewerbezweigen, wie z. B. Dachdeckerei, Zimmerei und andere Spezialzweige, kaum eine Planier-
raupe einsetzen können, ist es richtiger, nur die sachlich in Frage kommenden rund 1 700 Betriebe des Hoch-, Tief- und Straßenbaus in die Rechnung einzusetzen. Es ergibt sich dann, daß 745 Planier-
raupen rechnerisch auf rund 1 700 Betriebe zu verteilen wären, d. h. beinahe jeder zweite Betrieb verfügt heute über ein für Bodenbewegungen sehr leistungsfähiges Gerät.

Geräte und Beschäftigte

Vom Mechanisierungsgrad des Bauhauptgewerbes vermittelt die durchschnittliche Geräteausstattung eines Betriebes schon eine ungefähre Vorstellung. Der innere Zusammenhang zwischen den Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital und der fortschreitende Austausch von menschlicher Arbeitskraft gegen Kapital soll nachstehend am Beispiel von vier häufig vorkommenden Baugeräten deutlich gemacht werden. Bei den hier ausgewählten Geräten ist es richtig, alle Beschäftigten einzubeziehen, da diese Geräte bei allen Betrieben vorkommen können.

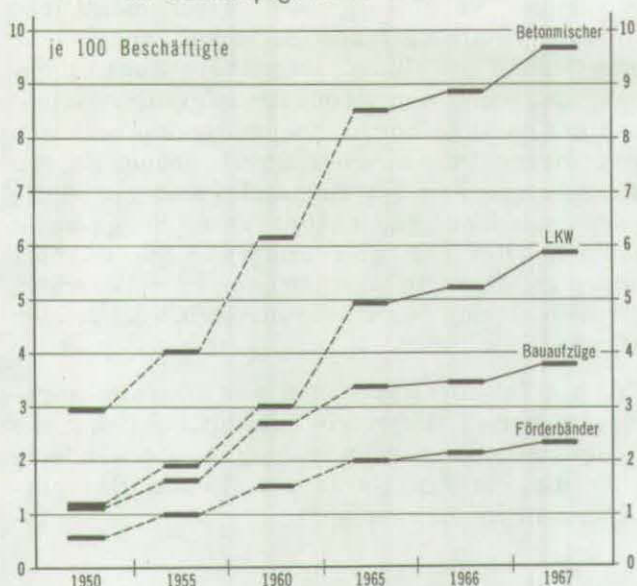
Für die Tabelle wurde von zwei Darstellungsmöglichkeiten diejenige gewählt, bei der die Fragestellung zugrunde liegt: Wie änderte sich die auf ein Gerät entfallende Beschäftigtenzahl im Zeitverlauf?

	Beton- mischer	Lastkraft- wagen	Bauaufzug	Förderband
	Beschäftigte je Geräteeinheit			
1950	34	86	90	181
1955	25	53	63	103
1960	16	34	37	66
1965	12	20	30	50
1966	11	19	29	47
1967	10	17	27	43

Die zweite Möglichkeit der Darstellung, bei der die Fragestellung lautet: Wie ändert sich die auf eine konstante Beschäftigtenzahl bezogene Anzahl eines Gerätes im Zeitverlauf? Diese Methode ist im Bild verwendet. Dabei wird auch das Wachstum der Branche, das sich u. a. in steigender Beschäftigtenzahl äußert, ausgeschaltet.

An den fallenden Werten sieht man sehr deutlich, wie schnell und in welchem Ausmaß menschliche Arbeitskraft durch Maschinen ersetzt worden ist. Die Zahlen sprechen für sich! Sie könnten phantasiebegabte Leser zu der Frage anregen, ob und wie dieser Prozeß weiterlaufen mag. Wird grundsätzlich bejaht, daß die "Kapitalisierung" des Bauhauptgewerbes fortschreiten wird, dann kann man mit Hilfe alternativer Annahmen ungefähr abschätzen, wann statt zehn nur noch fünf oder drei Beschäftigte auf einen Betonmischer kommen. Man wird dabei realistischerweise nicht annehmen dürfen, daß jeder Beschäftigte mit einem Betonmischer versehen ist, sondern – wie schon angedeutet – sich eine Sättigungsgrenze vorzustellen haben. Je höher (Beschäftigte je Gerät) diese Grenze gewählt wird, desto früher wird – wenn man unterstellt,

Bestandszunahme wichtiger Geräte im Bauhauptgewerbe 1950 - 1967



daß sich die übrigen Wirkungsfaktoren nicht ändern - der Sättigungszustand erreicht sein. Dieser Zustand bedeutet u. a., daß nur noch

investiert wird, um unbrauchbare Geräte zu ersetzen. Allerdings muß gesagt werden, daß solche mehr statischen Vorstellungen der wirtschaftlichen Dynamik unserer Zeit oft nicht standhalten, wie das Beispiel des Personenkraftwagens zeigt. Hier war nämlich lange Zeit herrschende Meinung, daß der Markt gesättigt sei, wenn jede Familie ihren Pkw habe. Inzwischen hat die "Erfindung" des Zweitwagens gezeigt, wie man sich in der Annahme einer Sättigungsgrenze irren kann.

Solche Gedanken muten vielleicht utopisch an, aber wahrscheinlich hätten viele es 1955 auch als Utopie abgetan, wenn ihnen damals jemand erklärt hätte, daß sich in zehn Jahren der Geräteinsatz je Beschäftigten bei Betonmischern verdoppeln, bei anderen Geräten sogar noch stärker steigern würde.

Dieser Beitrag wird fortgesetzt.

Dipl.-Volksw. Siegfried Schwarz

Vergleiche auch die Teile 1 und 2 dieses Aufsatzes in Stat. Monatsh. S.-H. 1968, S. 3 (Januar) und S. 32 (Februar). Entsprechende Darstellung für den Bund: E. v. Lucadou, "Die Entwicklung des Bauhauptgewerbes 1950 bis 1965" in Wirtschaft und Statistik 1967, S. 19 (Januar)

Der Fremdenverkehr 1967

Der Fremdenverkehr in Schleswig-Holstein wird durch die Seebäder bestimmt. Fast vier Fünftel der Übernachtungen eines Jahres und weit über vier Fünftel der Übernachtungen des Sommerhalbjahres entfallen auf die Seebäder. Wegen dieses großen Anteils charakterisiert das Geschehen in den Seebädern natürlich auch die Gesamtentwicklung.

Im Sommerhalbjahr 1967 wurden 13,4 Millionen Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren gezählt. Dazu kommen noch fast eine halbe Million Übernachtungen in Jugendherbergen, 1,4 Millionen in Kinderheimen und 4,9 Millionen auf Zeltplätzen. Damit wurde die Grenze von 20 Millionen Übernachtungen überschritten. Dieser Stand wurde in einem stetigen Aufschwung der letzten 5 Jahre erreicht. So stieg auch die Zahl der Übernachtungen gegenüber dem Sommer 1966 um 9%. Diese günstige Entwicklung gilt aber nur für den Durchschnitt des gesamten Fremdenverkehrs. Getragen wurde diese Zahl von den Seebädern, die 11% mehr Übernachtungen zählten. Auch für die Heilbäder trifft diese Zuwachsrate zu. In den Luftkur- und Erholungsorten wurden nur 5% mehr Übernachtungen gezählt. Die

Großstädte und die sonstigen Berichtsgemeinden, in denen der Erholungsverkehr nur eine geringe Rolle spielt, konnten nur knapp ihren alten Stand behaupten.

Im Winterhalbjahr 1966/67, das von Oktober bis März läuft, wurden 1,5 Millionen Übernachtungen gezählt. Dazu kommen noch 62 000 in Jugendherbergen und 760 000 in Kinderheimen. Die Entwicklung war ähnlich wie im Sommer. Der durchschnittliche Anstieg von 6% wurde durch die Seebäder bewirkt, deren Übernachtungen um 16% höher lagen als im Winterhalbjahr davor. Die Heilbäder

Berichtsgemeindegruppe	Winterhalbjahr 1966/67	Sommerhalbjahr 1967
	Übernachtungen in 1 000	
Seebäder	590	11 124
davon		
Nordseebäder	421	5 360
Ostseebäder	169	5 764
Luftkur- und Erholungsorte	172	860
Heilbäder (ohne Seebäder)	268	504
Großstädte	211	339
Sonstige Berichtsgemeinden	303	546
Insgesamt	1 544	13 373

erreichten nur einen Zuwachs von 3%, während die Luftkur- und Erholungsorte einen Rückgang von 5% hinnehmen mußten. Bei den Großstädten und den sonstigen Berichtsgemeinden stagnierte die Entwicklung.

Im Sommerhalbjahr nimmt Schleswig-Holstein im Fremdenverkehr der Bundesrepublik einen recht guten Platz ein. Es hat hier 11% aller Übernachtungen und steht mit Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Hessen auf einer Stufe. Nur Baden-Württemberg und Bayern haben mehr Übernachtungen. Gegenüber dem Sommer 1966 war insgesamt kein Fortschritt erzielt worden. Gliedert man nach Gemeindegruppen, so sieht man, daß fast überall die Vorjahresergebnisse nicht erreicht wurden, nur in den Seebädern gab es einen kräftigen Anstieg. So ist es auch nicht weiter verwunderlich, das Schleswig-Holstein als einziges Flächenland einen merklichen Zuwachs erzielen konnte. Niedersachsen, das andere Land mit Seebädern, konnte seine Position gut halten. In allen anderen Ländern ging die Zahl der Übernachtungen zurück. Lediglich in Berlin (West) nahm sie noch zu.

Anders sieht es im Winterhalbjahr aus. Hier hat Schleswig-Holstein nur einen Anteil von 3% an den Übernachtungen. Von den Stadtstaaten abgesehen liegt es vor dem Saarland

an vorletzter Stelle. Dank den Seebädern steht es im Zuwachs aber gut da. Im Bundesdurchschnitt lagen die Übernachtungen 1966/67 nur 1% höher als im Winter davor. Schleswig-Holsteins Zuwachs von 6% wird nur noch von Berlin (West) übertroffen. Die anderen Länder konnten ihre Ergebnisse höchstens um 3% (Bayern) verbessern, sie lagen aber auch bis zu 5% niedriger als im Jahre vorher.

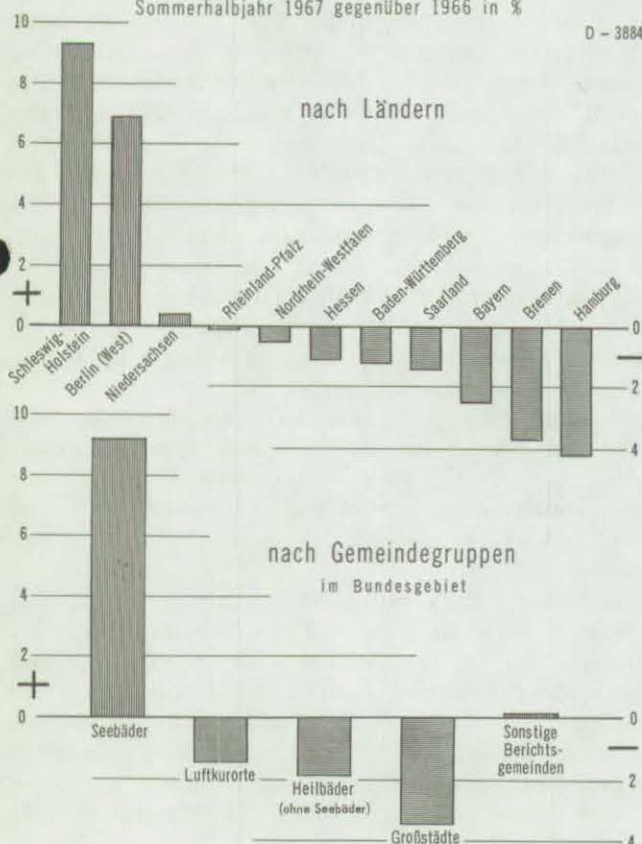
Die Seebäder sind hier immer als eine Gemeindegruppe aufgeführt worden. Das ist natürlich in vieler Hinsicht richtig. Es bestehen aber doch erhebliche Unterschiede zwischen Nord- und Ostseebädern. Das sei hier nur in einigen Stichworten angedeutet. Die Nordseeküste wird charakterisiert durch Gezeitenwechsel, Watt, hohen Salzgehalt des Wassers, Brandung, kräftiges Reizklima. Die Ostseeküste hat die besseren Verkehrsverbindungen, das reizvollere Hinterland, ein milderes Klima. Das führt dazu, daß das Besucherpublikum und seine Wünsche sich an Nord- und Ostsee unterscheiden. Die Unterschiede sind so groß, daß sie sich schon in den einfachsten statistischen Zahlen zeigen. Die Zahl der Übernachtungen ist im Sommer mit 5,4 Millionen an der Nordsee und 5,8 Millionen an der Ostsee an beiden Küsten etwa gleich. Die Zahl der Besucher war aber an der Ostsee wesentlich größer (520 000 gegen 360 000 an der Nordsee). Daraus ergibt sich eine Aufenthaltsdauer von 11,2 Nächten je Gast in den Ostseebädern. Sie ist wesentlich kleiner als an der Nordsee, wo sie 15,1 Nächte beträgt. Offensichtlich wird die Ostsee eher zu einem kurzen Besuch, etwa über das Wochenende, aufgesucht. Im Winterhalbjahr sind die Unterschiede noch größer. Trotz größerer Besucherzahl von 52 000 wurden an der Ostsee nur 170 000 Übernachtungen gezählt. Die Nordsee besuchten 42 400 Menschen, die hier 421 000 Übernachtungen in Anspruch nahmen. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer betrug hier also 9,9 Nächte. Das ist noch durchaus die Länge eines Erholungsurlaubes, während die 3,2 Nächte der Ostseebäder nur einem verlängerten Wochenende entsprechen.

Diesen unterschiedlichen Verhältnissen entspricht auch ein unterschiedlicher Saisonverlauf. In dem 2. Bilde ist dargestellt, welcher Anteil der Übernachtungen des Sommerhalbjahres auf die einzelnen Monate entfällt. Man sieht, daß sich an der Ostsee der Fremdenverkehr stärker auf die Hochsaison konzentriert. April, Mai und September umfassen nur 14,1% aller Übernachtungen. An der Nordsee ist der entsprechende Anteil 22,3%. Wenn man nun noch bedenkt, daß der Winter an der Nordsee so viel Übernachtungen

Der Fremdenverkehr im Jahr der Rezession

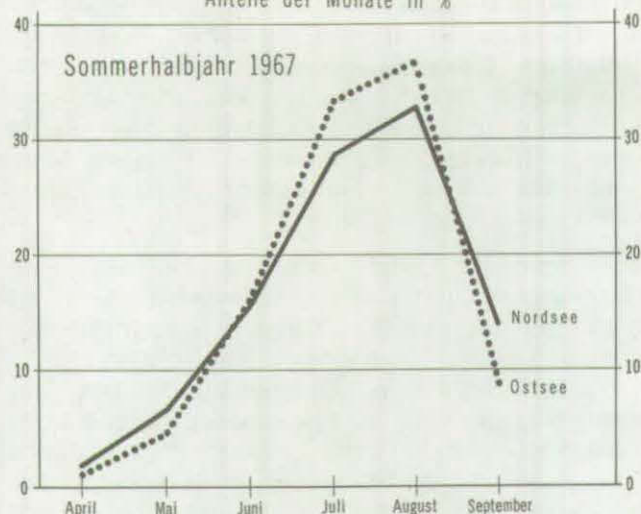
Veränderung der Zahl der Übernachtungen
Sommerhalbjahr 1967 gegenüber 1966 in %

D - 3884



Übernachtungen in den Seebädern

Anteile der Monate in %



brachte, wie es 7,9% des Sommerhalbjahres entspricht, an der Ostsee aber nur 2,9%, so ist klar, daß man an der Ostsee noch weiter von dem Ziel einer möglichst gleichmäßigen Nutzung der gewerblichen Einrichtungen entfernt ist.

Dieses Problem kann nicht näher durchleuchtet werden, ohne daß die Bettenzahl in die Betrachtung einbezogen wird. Nun kann man nicht einfach die 5,8 Millionen Übernachtungen im Jahr an der Nordsee auf die dortigen 56 000 Betten beziehen und entsprechend die 5,9 Millionen Übernachtungen an der Ostsee auf 66 000 Betten. Vielmehr muß man hier neben dem Beherbergungsgewerbe und den Privatvermietern auch noch Erholungsheime und Sanatorien unterscheiden, die nach ganz anderen wirtschaftlichen Grundsätzen geführt werden. Die Privatvermieter stellen nur so weit Betten zur Verfügung, wie sie dadurch einen Gewinn erzielen können. Ihren Lebensunterhalt bestreiten sie im wesentlichen aus anderen Quellen. Lediglich das Beherbergungsgewerbe, zu denen Hotels, Gasthöfe, Fremdenheime und Pensionen gehören, zieht seinen Lebensunterhalt in erster Linie aus dem Fremdenverkehr und muß deshalb darauf achten, daß seine Investitionen Gewinn erzielen. Bettenzahl und Übernachtungen dürfen nur für diesen Bereich miteinander verglichen

werden, wenn man Vorstellungen über die Ausnutzung zu erhalten wünscht.

Bei diesen Betrachtungen muß man bedenken, daß der größte Teil der gewerblichen Betriebe nicht nur Beherbergung betreibt, sondern daneben noch einen Restaurationsbetrieb führt, in dem außer den Hausgästen auch andere bewirtet werden. Die Betrachtung nur des Betriebsteils Beherbergung gibt also kein Bild über die wirtschaftliche Lage des gesamten Betriebes. Im allgemeinen ist es so, daß nur der gesamte Betrieb Gewinn abwirft, während die Beherbergung allein sich nicht tragen würde. Von daher ist auch die Bedeutung der Privatvermieter zu verstehen, die nur den Teil der Nachfrage des Gastes an sich ziehen, der für das Gewerbe hohe Investitionen und Personalkosten mit sich bringt, ohne einen Gewinn zu sichern. In den Restaurationsleistungen konkurriert der Privatvermieter nicht mit dem Gewerbe.

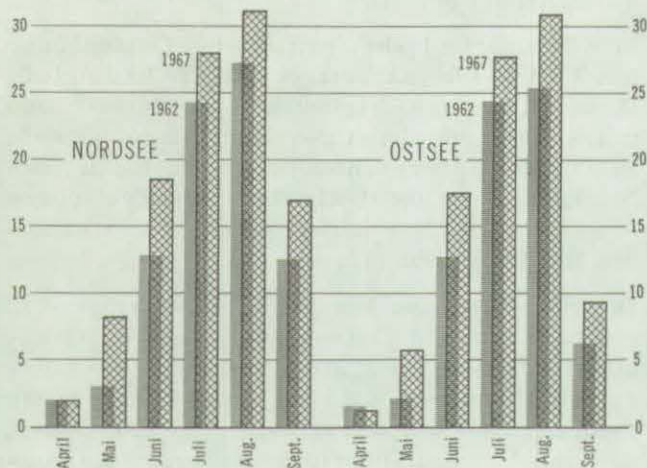
Setzt man nun Betten und Übernachtungen in den gewerblichen Betrieben miteinander in Beziehung, so ergeben sich 105 Übernachtungen je Bett im Sommerhalbjahr an der Nordsee und 93 an der Ostsee. Hier liegt also ein ganz erheblicher Unterschied in der Ausnutzung der Kapazität. Leider gestattet die Statistik keine weitere Analyse dieser Differenz. Zur Interpretation wurde schon auf die unterschiedlichen geografischen Gegebenheiten hingewiesen. Die sich wandelnden Publikums-wünsche und die ihnen folgenden Investitionen, die oft eine lange Bindung des Angebots darstellen, mögen weitere Ursachen sein. Das obige Bild der Kapazitätsausnutzung wird interessanter, wenn man die Entwicklung mit ins Auge faßt. Dazu soll mit dem Sommer 1962 verglichen werden. Damals war im Schnitt an der Nordsee ein Bett mit 82 Übernachtungen ausgenutzt und an der Ostsee mit 72. Der Abstand war also damals etwas kleiner. Verhältnismäßig hat sich die Ausnutzung an beiden Küsten gleich, nämlich um 28% verbessert. Die absolute Zahl der Übernachtungen in gewerblichen Betrieben nahm in der gleichen Zeit an der Nordsee um 59% und an der Ostsee um 53% zu. Parallel dazu ging eine Erweiterung des Bettenbestandes an der Nordsee um 24% und an der Ostsee um 19%.

Man kann daran einige Betrachtungen knüpfen, "wie dies wohl wär", wenn das nicht wär". Hätte man an der Ostsee 100 Übernachtungen je Bett erreichen wollen, so hätte man nur auf 20 500 Betten, also um 10% erweitern dürfen. Es ist aber fraglich, ob beim derzeitigen Saisonverlauf überhaupt eine so gute Ausnutzung an der Ostsee zu erreichen ist. Das soll untersucht werden.

Betriebsart	Nordsee		Ostsee	
	Betriebe	Betten	Betriebe	Betten
- Anzahl am 1. April 1967 -				
Beherbergungsgewerbe	1 095	18 239	804	22 198
Erholungsheime, Sanatorien	55	4 815	43	2 539
Privatvermieter		32 758		41 074
Insgesamt	1 150	55 812	847	65 811

Kapazitätsausnutzung der Betten in gewerblichen Betrieben in den Nord- und Ostseebädern

Übernachtungen je Bett und Monat in den Sommerhalbjahren



Im Bild ist die Ausnutzung der Betten in den einzelnen Monaten für Nord- und Ostsee in den Jahren 1962 und 1967 dargestellt. Man sieht, daß an der Nordsee jetzt im August die Betten voll und im Juli nahezu voll belegt sind. Das war vor 5 Jahren noch nicht der Fall. Die Nach-, aber ganz besonders die Vorsaison sind jetzt wesentlich besser genutzt. Im Juni und September sind die Betten zu über der Hälfte belegt. Selbst auf den Mai kommen schon 8 Übernachtungen. An der Ostsee ist die Belegung in der Hochsaison gleich günstig. Der Fortschritt der letzten 5 Jahre ist im Juli gleich, im August aber größer als an der Nordsee. Die Nutzung der Vor- und Nachsaison hat sich zwar merklich verbessert, bleibt aber, besonders in der Nachsaison, hinter den Verhältnissen an der Nordsee zurück. Die Belegung im September ist nur gut halb so groß und im Mai/Juni stehen 23 Übernachtungen an der Ostküste 27 an der Westküste gegenüber. Wenn man die Verteilung der Übernachtungen auf die Saison als etwas Unveränderliches hinnehmen würde, so wäre eine Ausnutzung von 100 Übernachtungen an der Ostsee im Augenblick gar nicht möglich, da die Kapazität in der Hochsaison praktisch voll genutzt wird. Nur durch Förderung der Vor- und Nachsaison läßt sich eine gute Ausnutzung der vorhandenen Betten erreichen. Der Winter kann hier außer Betracht bleiben, da, auf alle Betten bezogen, an der Ostsee nur 8 und an der Nordsee 23 Übernachtungen im Winterhalbjahr gezählt wurden. Die Aussage würde hier verbessert werden, wenn man nur auf die Betten der geöffneten Betriebe beziehen würde. Aber auch die obige Aussage hat ihren Sinn, da eine Nutzung der sonst im Winter brach-

liegenden Einrichtungen für alle Betriebe wünschenswert ist. Im Augenblick ergibt sich im Winter an der Westküste nur für ein Drittel der Kapazität eine wirtschaftlich vertretbare Ausnutzung.

Die großen Unterschiede zwischen Sommer und Winter, wie sie sich im Fremdenverkehr der Seebäder zeigen, sind bei den Luftkur- und Erholungsorten wesentlich gemildert. Im Sommer wurden hier 860 000 Übernachtungen gezählt, an denen 138 000 Gäste beteiligt waren. Die Aufenthaltsdauer von 6,2 Nächten ist wesentlich kürzer als an der See, läßt aber noch deutlich den Erholungszweck erkennen. Im Winter waren nur 43 000 Gäste da. Ihre durchschnittliche Aufenthaltsdauer betrug 4,0 Tage. Damit wurden nur 170 000 Übernachtungen erreicht. Die Übernachtungen sind recht gut über die Saison verteilt. 62% aller Übernachtungen des Sommers liegen im Juli und August. Mai und Juni umfassen 21%, der September 12%. Der Winter brachte genau ein Fünftel der Übernachtungen des Sommers. Von den 10 500 Betten, die am 1. 4. 1967 gezählt wurden, standen 4 100 in gewerblichen Betrieben, 1 400 in Erholungsheimen und Sanatorien und 5 000 in Privatquartieren. Die Betten der gewerblichen Betriebe waren im Sommerhalbjahr 86 Nächte belegt.

Die 3 Heilbäder Bad Bramstedt, Bad Schwartau und Malente-Gremsmühlen zählten im Sommer eine halbe Million und im Winter 270 000 Übernachtungen. Bei 44 000 Gästen im Sommer und 21 000 im Winter ergibt sich eine Aufenthaltsdauer von 11,5 und 12,6 Nächten. Der Saisonverlauf ist recht gleichmäßig. Auf den April entfallen 10,0% und auf den August 22,0% aller Übernachtungen des Sommers. Der Winter bringt nur halb so viel Übernachtungen wie der Sommer, doch gilt dies von den 3 Gemeinden nur für Bad Schwartau. In Bad Bramstedt wurden fast neun Zehntel des Sommers erreicht, in Malente-Gremsmühlen dagegen nur ein Fünftel. Von den 3 800 Betten wurden 2 200 gewerblich genutzt, 1 000 standen in Erholungsheimen und Sanatorien und 600 waren Privatbetten. Die gewerblichen Betten wurden allein im Sommerhalbjahr 121 Nächte belegt.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer von 1,8 Nächten in den Großstädten zeigt, daß hier der Passanten- und Berufsreiseverkehr das Bild bestimmt. Dazu paßt auch, daß im Winter 62% der Übernachtungen des Sommers erreicht wurden. Absolut waren es 340 000 und 210 000 Übernachtungen, zu denen 193 000 und 113 000 Gäste beitrugen. Im Gegensatz zu den anderen Gemeindegruppen ist hier der Juli mit 22% der Über-

nachtungen des Sommerhalbjahres der am stärksten belegte Monat. Seinen 74 000 Übernachtungen stehen die Monate Dezember bis Februar gegenüber, die mit je etwa 30 000 Übernachtungen den Tiefpunkt darstellen. Absolut ist der Februar der Monat mit der geringsten Übernachtungszahl. Berücksichtigt man aber die unterschiedliche Länge der Monate, so ist es der Dezember. In den beiden Großstädten gibt es 3 000 Betten in gewerblichen Betrieben, zu denen noch 500 Privatbetten kommen. Die gewerblichen Betten waren im Sommer mit 107 und im Winter mit 69 Übernachtungen ausgelastet, das sind im Jahresmittel 48% der angebotenen Kapazität.

Die sonstigen Berichtsgemeinden umfassen alle Orte, in denen der Fremdenverkehr zwar von Bedeutung ist, aber doch nur wenig der Erholung und mehr dem Beruf dient. Er ähnelt deshalb in Aufenthaltsdauer und Saisonverlauf dem der Großstädte. Mit 550 000 Übernachtungen schloß das Sommerhalbjahr ab. Der Winter hatte nur 55% davon, nämlich 300 000 Übernachtungen gebracht. Im Sommer hatten 330 000 Gäste die Berichtsgemeinden aufgesucht, im Winter nur 185 000. Der am stärksten besuchte Monat war der August, auf den genau ein Viertel aller Übernachtungen des Sommers fiel. Mit 37 000 Übernachtungen war der Dezember der Monat mit der geringsten Übernachtungszahl. In den sonstigen Berichtsgemeinden gibt es 6 300 gewerbliche Betten, 150 Betten in Erholungsheimen und Sanatorien und 1 200 in Privatquartieren. Die gewerblichen Betten sind mit 77 Übernachtungen im Sommer und mit 46 im Winter genutzt, das ist im Schnitt ein Drittel der Kapazität.

Es lohnt, noch einen Blick auf den Besuch von Ausländern zu werfen. 3% aller Übernachtungen im Sommerhalbjahr, nämlich 380 000, entfallen auf Ausländer. An erster Stelle stehen unsere Nachbarn, die Schweden mit 123 000 Übernachtungen und die Dänen mit 116 000. Alle anderen Länder fallen dagegen weit ab. Die Schweiz, die Niederlande, die Vereinigten Staaten, Frankreich, England, Finnland, Norwegen und Österreich hatten in dieser Reihenfolge zwischen 18 000 und 10 000 Übernachtungen. Im Winterhalbjahr machten die 97 000 Ausländerübernachtungen über 6% des Fremdenverkehrs aus. Fast die Hälfte, nämlich 43 000 waren Besucher aus Dänemark. Nur Schweden überschritten noch mit 13 000 die Grenze von 10 000. Im übrigen sind wieder

die obengenannten Länder aufzuführen, nun aber mit Werten zwischen 5 000 und 2 000. Verhältnismäßig zahlreich sind noch die Länder vertreten, aus denen Gastarbeiter kommen, nämlich Italien, Griechenland, Spanien und die Türkei.

Im Sommerhalbjahr hatten die Ostseebäder mit 129 000 Übernachtungen den größten Anteil. Dann folgen mit 94 000 die Großstädte und mit 90 000 die sonstigen Berichtsgemeinden. Je 31 000 Übernachtungen wurden in den Nordseebädern und den Luftkur- und Erholungs-orten gezählt. Nur der Rest von 7 000 kamen den Heilbädern zugute.

Die Schweden suchten im Sommerhalbjahr in erster Linie die Ostseebäder und die Großstädte auf. Aber auch in den sonstigen Berichtsgemeinden waren sie oft anzutreffen. Diese sind dagegen das bevorzugte Ziel der Dänen, die daneben Luftkurorte und Großstädte aufsuchen. Unter den Seebädern bevorzugen sie auch die Ostsee, aber nicht in dem Maße wie die Schweden. Die Schweizer lockt in Schleswig-Holstein die See, wobei sie die Nordsee vorziehen. Die Holländer besuchen dagegen die großen und kleinen Städte, daneben auch noch die Ostsee. Die Besuche der Amerikaner verteilen sich recht gleichmäßig mit einer gewissen Bevorzugung der Städte. Auch die Franzosen suchen alle Gemeindegruppen auf, nur daß bei ihnen der Schwerpunkt in den Seebädern und Luftkurorten liegt. Auch die Gäste aus England, Finnland, Norwegen und Österreich suchen in erster Linie Erholung in Schleswig-Holstein.

Im Winter geht fast die Hälfte des Ausländerverkehrs in die Großstädte. 30 000 Übernachtungen lagen in den sonstigen Berichtsgemeinden. Zu zwei Dritteln waren hieran Dänen beteiligt. Die 15 000 Übernachtungen in den Ostseebädern wurden hauptsächlich von Schweden, Dänen, Franzosen und Holländern bestritten. In den Luftkurorten wurden nur 5 000 und in den Heilbädern 2 000 Ausländerübernachtungen gezählt. Die Nordsee wird im Winter fast gar nicht von Gästen aus dem Ausland aufgesucht.

Dipl.-Math. Gerhard Schaub

Vergleiche auch: "Der Fremdenverkehr im Fremdenverkehrsjahr 1964/65" in Stat. Monatsh. S.-H. 1966, S. 158 (Juli) sowie "Fremdenverkehr im Winterhalbjahr 1966/67" und "Fremdenverkehr im Sommerhalbjahr 1967" in Wirtschaft und Statistik 1967, S. 414 (Juli) und S. 696 (Dezember)

Kurzberichte

Gemeindesteuern 1967

Nur geringe Mehreinnahmen
an Gemeindesteuern

Die angespannte Finanzlage der Gemeinden ist in der letzten Zeit immer häufiger Gegenstand von Beratungen der zuständigen Verbände und Ministerien. Der Ruf nach einer Gemeindefinanzreform wird immer dringlicher, da die Finanzlage der Gemeinden, wie die Ergebnisse von 1967 zeigen, sich nicht verbessert, sondern verschlechtert hat. Die Steuereinnahmen der schleswig-holsteinischen Gemeinden und Gemeindeverbände, die sich auf 452 Mill. DM belaufen, haben sich nämlich nur um 11 Mill. DM oder 2,4% erhöht. Die Mehreinnahmen waren damit geringer als in den vorangegangenen Jahren, als noch Zuwachsraten von 4%, 5%, 7% und sogar 9% zu verzeichnen waren. Alarmierend an dieser Entwicklung ist, daß sie trendmäßig verlief, die Zuwachsraten also Jahr für Jahr zurückgegangen sind. Bei den Bundes- und Landessteuern ist diese Entwicklung nicht feststellbar. Der Anteil der Gemeindesteuern am gesamten schleswig-holsteinischen Steueraufkommen ist daher weiter zurückgegangen. Im Jahre 1960 machte er immerhin 14,5% aus, jetzt sind es nur noch 13%. Diese ungünstige Entwicklung hängt eindeutig von der Hauptsteuerquelle der Gemeinden, den Gewerbesteuern, ab, die in Schleswig-Holstein über sieben Zehntel der Gemeindesteuern stellen und damit die Höhe der Gemeindesteuern bestimmen. Dieses Übergewicht der Gewerbesteuern hat zu schwerwiegenden Mängeln in der Finanzausstattung der Gemeinden geführt. Einmal werden die Steuerkraftunterschiede zwischen den Gemeinden verstärkt, und zum anderen sind die Einnahmen der Gemeinden in starkem Maße konjunktur-empfindlich, weil sich die Gewerbesteuer-einnahmen in der Hauptsache auf den Gewerbeertrag stützen. Die Gemeinden sind daher einer der Hauptleidtragenden des Konjunkturtiefs in den beiden letzten Jahren. Die Gewerbesteuern nahmen nämlich nur um 2,2% zu, während es 1966 noch 3,7% und 1965 sogar 5,5% gewesen sind. Das Ziel der Gemeindefinanzreform muß es daher sein, neben der Erhöhung der Finanzmasse die Gewerbesteuern umzugestalten oder abzubauen. Zur Diskussion stehen mehrere Vorschläge. Nur von zweien kann man jedoch behaupten, daß sie in der engeren Wahl stehen. Das ist einmal das sogenannte Troeger-Gutachten, das im Auftrag der Bundes- und Länderregierungen erstellt wurde, und der neueste Vorschlag des Bundesministeriums der Finanzen. Das Troeger-Gutachten sieht u. a.

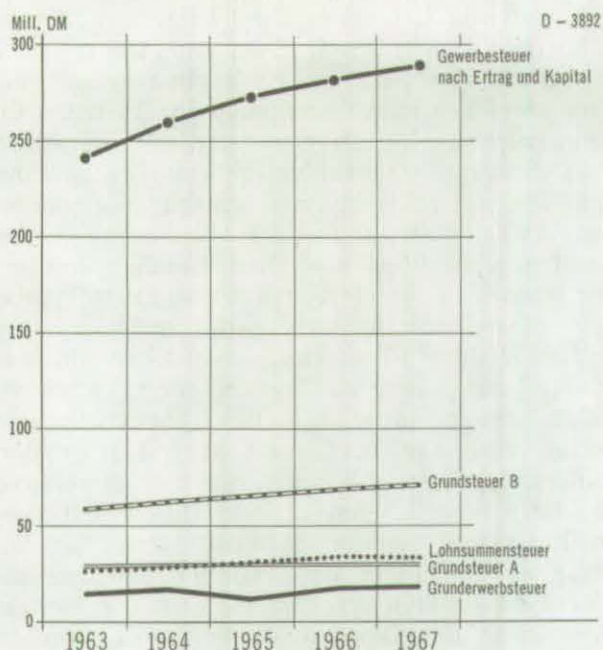
vor, daß die Gewerbesteuer nach dem Ertrag ganz abgeschafft wird. Zum Ausgleich dieses Steuerausfalls und zur Verbesserung der Finanzmasse der Gemeinden soll dafür die Gewerbesteuer nach dem Kapital ausgebaut, die Lohnsummensteuer obligatorisch eingeführt und die Gemeinden mit einem bestimmten Anteil an den Steuern vom Einkommen beteiligt werden. Der Vorschlag des Bundesministers der Finanzen wandelt das Troeger-Gutachten vor allem dahingehend ab, daß er eine obligatorische Einführung der Lohnsummensteuer und die Verstärkung der Gewerbesteuern sollen vielmehr insgesamt abgebaut werden. Zunächst ist vorgesehen, daß die Gemeinden ab 1970 vier Zehntel der Gewerbesteuern an Bund und Länder abführen und daß sie dafür entsprechend am örtlichen Einkommensteueraufkommen beteiligt werden. Die weitere Gestaltung der Gewerbesteuern soll dann im Rahmen einer Steuerharmonisierung der EWG behandelt werden. Welche Auswirkungen diese Vorschläge haben würden, wird zur Zeit mit Hilfe statistischer Sonderuntersuchungen geprüft.

Gemeindesteuern nach der Art

Steuerart	1966	1967		
	Mill. DM	Anteil	Ver-	
			änderung	
			in %	
Gewerbesteuer				
nach Ertrag und Kapital	281,1	288,3	64	2,6
Grundsteuer B	67,5	70,6	16	4,7
Lohnsummensteuer	32,7	32,5	7	- 0,7
Grundsteuer A	28,9	28,7	6	- 0,7
Grunderwerbsteuer	15,9	16,7	4	5,0
Gemeindegetränksteuer	7,1	6,9	2	- 2,8
Hundesteuer	2,5	2,8	1	10,8
Vergnügungssteuer	2,1	1,9	0	- 12,0
Schankerlaubnissteuer	1,8	1,9	0	9,7
Einfuhrsteuer Helgoland	1,3	1,3	0	2,7
Jagd- und Fischereisteuer	0,3	0,3	0	6,8
Insgesamt	441,2	452,0	100	2,4

Insgesamt gibt es in Schleswig-Holstein 10 oder, wenn man die Lohnsummensteuer ausgliedert, 11 Arten von Gemeindesteuern. Der Beitrag der meisten von ihnen zum gesamten Gemeindesteueraufkommen verblaßt jedoch neben dem Aufkommen an Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital. Gut 288 Mill. DM nahmen die schleswig-holsteinischen Gemeinden an Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ein, die damit fast zwei Drittel der Gemeindesteuern stellt. Das Aufkommen erhöhte sich gegenüber 1966 nur um 7 Mill. DM oder 2,6%. Der Anteil

ENTWICKLUNG EINIGER GEMEINDESTEUERN 1963 - 1967



der zweitwichtigsten Steuer ist schon bedeutend niedriger. Es ist die Grundsteuer B, die mit 71 Mill. DM knapp ein Sechstel der Gemeindesteuern einbrachte. Sie erhöhte sich überdurchschnittlich, nämlich um 4,7%. Die drittgrößte Gemeindesteuer ist die Lohnsummensteuer, die mit 32 Mill. DM einen Anteil von 7% stellt. Sie ist leicht rückläufig, was zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß die Stadt Ahrensburg keine Lohnsummensteuer mehr erhebt. Einige Bedeutung hat außerdem noch die Grundsteuer A, die 29 Mill. DM oder 6% erbrachte. Ihr Aufkommen ist ebenfalls leicht geschrumpft. Alle anderen Gemeindesteuern sind Bagatellsteuern, die nur für die einzelne Gemeinde unter Umständen Gewicht haben können. Sie stellen nur 7% des gesamten Gemeindesteueraufkommens. Erwähnenswert ist die hohe Zuwachsraten bei der Hundesteuer (+ 11%) und der Rückgang der Vergnügungssteuer (- 12%).

Die mittleren Gemeinden schnitten am günstigsten ab

Die Entwicklung der Steuereinnahmen war in den einzelnen Gemeindegrößenklassen sehr unterschiedlich. Sowohl bei den kleinen Gemeinden (unter 3 000 Einwohner) als auch bei den kreisfreien Städten blieb das Aufkommen nahezu unverändert. Es nahm bei den kreisfreien Städten um 0,5 Mill. DM oder 0,3% und bei den kleinen Gemeinden um 0,1 Mill. DM oder 0,1% zu. Anders sieht das Bild bei den mittleren (3 000 - 10 000 Einwohner) und den größeren (10 000 - 50 000 Einwohner) Gemeinden aus,

die Zuwachsraten von 7,4% und 3,7% verzeichnen konnten. Werden die Gemeindegrößenklassen noch weiter unterteilt, so ergibt sich, daß die Gemeinden mit 2 000 - 3 000 Einwohnern einen, wenn auch minimalen, Einnahmerückgang hinnehmen mußten. Nicht sehr viel günstiger sieht es bei den Städten mit 20 000 - 50 000 Einwohnern aus, deren Steuereinnahmen um 0,1% anstiegen. Sehr günstig schnitten demgegenüber die Gemeinden mit 3 000 - 5 000 Einwohnern und 10 000 - 20 000 Einwohnern ab, deren Steuereinnahmen sich um 9,1% und 9% erhöhten.

Unter den vier kreisfreien Städten nahmen Lübeck und Neumünster mehr und Flensburg und Kiel weniger Steuern ein als 1966. Für Kiel beliefen sich die Mindereinnahmen auf 1,8 Mill. DM und für Flensburg auf knapp 0,6 Mill. DM, während in die Kassen von Lübeck und Neumünster ein Mehr von 2,5 Mill. DM und 0,4 Mill. DM floß.

In den meisten Fällen gab die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital den Ausschlag für eine negative oder positive Entwicklung, da sie in allen Gemeindegrößenklassen die größte Steuer ist. Den geringsten Anteil hat sie in den kleinsten Gemeinden mit nur gut der Hälfte und den höchsten bei den Gemeinden mit 10 000 - 20 000 Einwohnern mit fast acht Zehnteln. Der Anteil der Gewerbesteuer am gesamten Gemeindesteueraufkommen steigt ziemlich gleichmäßig mit wachsender Gemeindegröße. Nur die kreisfreien Städte fallen aus dem Rahmen. Hier hat die Grundsteuer B ein etwas größeres Gewicht. Bei den kleinsten Gemeinden ergibt die Grundsteuer A einen größeren Posten, nämlich gut ein Drittel.

Gemeindesteuern nach der Gemeindegröße 1967

Gemeindegrößenklasse	Insgesamt			Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital
	Mill. DM	Anteil	Veränderung gegenüber 1966	
Kreisfreie Städte	171,3	38	0,3	101,6
Gemeinden mit				
20 000 – 50 000 Einw.	69,0	15	0,1	54,1
10 000 – 20 000 "	50,7	11	9,0	39,9
5 000 – 10 000 "	40,7	9	6,3	31,3
3 000 – 5 000 "	27,7	6	9,1	19,8
2 000 – 3 000 "	8,6	2	0,0	6,0
weniger als 2 000 Einw.	68,8	15	0,3	35,5
Kreisangehörige Gemeinden zusammen	265,5	59	3,5	186,7
Kreisverwaltungen	15,2	3	8,9	–
Insgesamt	452,0	100	2,4	288,3

Die Kreisverwaltungen haben nur geringe Steuereinnahmen. Sie beliefen sich auf 15,2 Mill. DM und stellten damit 3% der gesamten kommunalen Steuern. Vor allem durch die Erhöhung ihres Anteils an der Grunderwerbsteuer stiegen ihre Einnahmen gegenüber 1966 um 8,9%.

Dipl.-Volksw. Walter Dahms

Die Umsätze in ausgewählten freien Berufen 1965 und 1966

Unter den von der Umsatzsteuerstatistik erfaßten Steuerpflichtigen bilden die freiberuflich Tätigen nur eine verhältnismäßig kleine Gruppe (7,8%). Dennoch sind die statistischen Ergebnisse über die Umsatzentwicklung in diesem Berufszweig von Interesse, da aus anderen Quellen der amtlichen Statistik keinerlei Unterlagen zur Verfügung stehen. Von den in die folgende Untersuchung einbezogenen Steuerpflichtigen wurden im Jahre 1966 insgesamt 550 Mill. DM umgesetzt, das sind nur 1,9% aller in Schleswig-Holstein erzielten Umsätze. Die Zuwachsrate des Umsatzes gegenüber 1964 ist dagegen mit 29% die höchste, die unter allen gewerblich oder beruflich tätigen Umsatzsteuerpflichtigen festgestellt wurde.

Die folgenden Zahlenangaben gelten nicht für die Gesamtheit der freien Berufe, sondern nur für eine Auswahl der wichtigsten unter ihnen. Außerdem sind die Steuerpflichtigen der freien Berufe im allgemeinen dann nicht erfaßt, wenn ihr Jahresumsatz den für sie geltenden Freibetrag von 20 000 DM nicht überschreitet. Der Umsatz der hierdurch nicht einbezogenen Unternehmen unter den ausgewählten freien Berufen dürfte kaum ins Gewicht fallen.

Wie auch in den Vorjahren machten die im Gesundheitswesen Tätigen sowohl ihrer Anzahl als auch der Höhe des Umsatzes nach den größten Teil der Angehörigen der hier ausgewählten Berufe aus. Die Zahl der Ärzte mit Entgelten aus selbständiger Tätigkeit erhöhte sich im Jahre 1966 in Schleswig-Holstein auf 1 908. Von ihnen wurden 205 Mill. DM umgesetzt. Das sind 27% mehr als 1964. Gegenüber 1962 beträgt die Umsatzzunahme sogar 58%. Bei den Zahnärzten ist die Entwicklung noch günstiger gewesen. 1 087 Steuerpflichtige erzielten Entgelte in Höhe von 121 Mill. DM. Mit einer Zuwachsrate von 46% gegenüber 1964 erreichten die Zahnärzte die stärkste Steigerung des Umsatzes unter allen ausgewählten freien Berufen. Gegenüber 1962 ergibt sich sogar eine Zunahme von über 80%. Der Umsatz je Steuerpflichtigen unter den Zahnärzten war damit im Gegensatz zu 1964 höher als unter den Ärzten.

In den Umsätzen der Ärzte und Zahnärzte sind sowohl die gemäß § 4 (11) UStG (alte Fassung) steuerbefreiten Entgelte bestimmter Versicherungsträger als auch die steuerpflichtigen Umsätze aus der Privatpraxis enthalten. Wie groß der Anteil der Kassenumsätze ist und wie sich dieser Anteil in den letzten Jahren verändert hat, läßt sich aus den letzten beiden Umsatzsteuerstatistiken nicht ermitteln. Es ist aber zu vermuten, daß der sprunghafte Umsatzzuwachs besonders bei den Zahnärzten maßgeblich durch die Festsetzung neuer Gebührensätze auch für Leistungen auf Rechnung der Krankenkassen ausgelöst worden ist, denn zum 1. April 1965 trat die neue von der Bundesregierung beschlossene Bundesgebührenordnung für Ärzte und Zahnärzte in Kraft.

Umsätze in ausgewählten freien Berufen

Beruf	Steuerpflichtige		Umsatz 1966			Steuerpflichtige mit Umsätzen 1965 und 1966	
	1964	1966	1 000 DM	Veränderung gegenüber 1964 in %	je Steuerpflichtigen in 1 000 DM	Anzahl	Veränderung des Umsatzes 1966 gegenüber 1965 in %
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater	98	85	22 300	+ 15,7	262	82	+ 16,0
Steuerbevollmächtigter (Helfer in Steuersachen)	463	500	41 620	+ 25,7	83	480	+ 13,4
Architekt, Bau- und Vermessungsingenieur	592	680	82 114	+ 25,1	121	629	+ 4,8
Rechtsanwalt und Notar	446	445	51 489	+ 19,9	116	422	+ 11,7
Arzt	1 858	1 908	204 803	+ 26,8	107	1 830	+ 15,4
Zahnarzt	1 039	1 087	121 397	+ 45,9	112	1 061	+ 21,9
Tierarzt	262	269	25 857	+ 23,2	96	246	+ 16,0
Insgesamt	4 758	4 974	549 580	+ 28,8	110	4 750	+ 14,6

Unter den Tierärzten wurde seit 1964 ebenfalls eine erhebliche Umsatzsteigerung ermittelt. Die Entwicklung verlief jedoch etwas ruhiger als bei den Ärzten und Zahnärzten. Ein Tierarzt setzte im Durchschnitt 96 000 DM im Jahre 1966 um, ein Betrag, der erheblich niedriger ist als das durchschnittliche Entgelt für einen Arzt oder Zahnarzt.

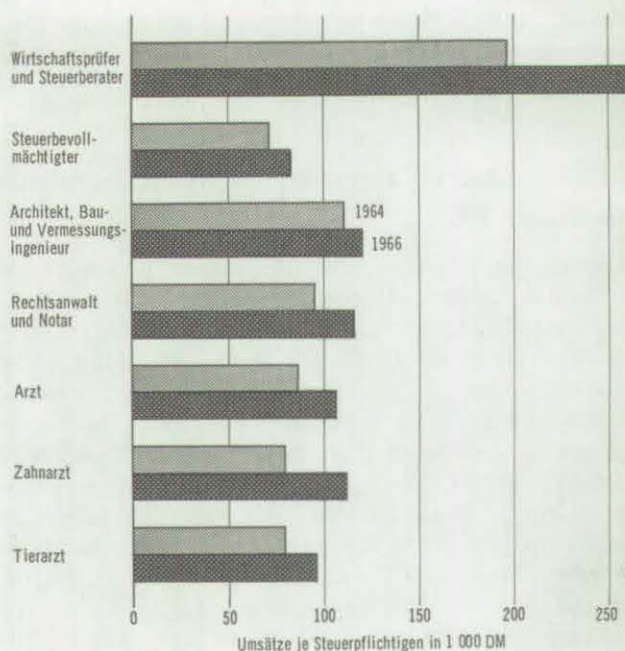
Die Zahl der Rechtsanwälte und Notare hat sich im Berichtszeitraum kaum geändert. Die Steuerpflichtigen konnten ihren Umsatz bis zum Jahre 1966 wiederum um 20% steigern, wie dies auch schon in der Zeit von 1962 bis 1964 der Fall war. Die 445 Angehörigen dieses freien Berufes erzielten im Jahre 1966 einen Umsatz von 51 Mill. DM.

Unterschiedlich verlaufen ist die Umsatzentwicklung in der Gruppe der wirtschafts- und steuerberatenden Berufe. Die Zahl der Wirtschaftsprüfer, vereidigten Buchprüfer und Steuerberater nahm um 13 auf 85 ab. Es ist dies der einzige Berufszweig, in dem die Zahl der Steuerpflichtigen seit 1964 wesentlich abgenommen hat. Die Zuwachsrate des Umsatzes gegenüber 1964 war dementsprechend auch die geringste von allen hier dargestellten freien Berufen (16%). Für die 82 sogenannten paarigen Fälle (das sind Steuerpflichtige, die sowohl während des ganzen Jahres 1965 als auch während des ganzen Jahres 1966 wirtschaftlich tätig waren) betrug der Umsatzzuwachs allein innerhalb eines Jahres, nämlich von 1965 auf 1966, ebenfalls 16%. Unter den bestehengebliebenen Betrieben war also die Entwicklung durchaus nicht so ungünstig, wie es nach der Veränderungsrate des Gesamtumsatzes gegenüber 1964 den Anschein hat.

Die Wirtschaftsprüfer, vereidigten Buchprüfer und Steuerberater erzielten mit je 262 000 DM im Jahre 1966 die bei weitem höchsten Umsätze. Dies ist darauf zurückzuführen, daß wirtschaftssystematisch auch die Revisions- und Treuhandgesellschaften zu dieser Klasse gehören. Die Gesellschaften, deren Aufgaben häufig über die Beratung von großen Unternehmen in Steuerfragen hinausgehen, unterhalten oft große Büros mit einer entsprechenden Zahl von Angestellten. Inwieweit hier noch von einer freiberuflichen Tätigkeit gesprochen werden kann, soll nicht näher untersucht werden; dies ist in erster Linie eine Frage

D - 3887

DIE UMSÄTZE in ausgewählten freien Berufen 1964 und 1966



des Gewerbesteuerrechts. In der Statistik können die gewerblichen Unternehmen aus dieser Klasse nicht ausgegliedert werden.

Die Zahl der Steuerbevollmächtigten (Helfer in Steuersachen) hat weiter auf genau 500 im Jahre 1966 zugenommen. Sie vereinigten 1966 einen Umsatz von fast 42 Mill. DM auf sich.

Am ungünstigsten verlief die Umsatzentwicklung bei den Architekten, Bau- und Vermessungsingenieuren. Zwar nahm ihre Zahl noch um 88 auf 680 zu und ihr Umsatz erhöhte sich um 25%, doch fiel der Zuwachs fast ausschließlich in das Jahr 1965. Die paarigen Fälle unter ihnen erzielten 1966 nur noch einen Umsatzzuwachs von 5%. Dieser niedrige Wert läßt erkennen, wann auf dem konjunkturrempfindlichen Baumarkt die wirtschaftliche Rezession begonnen hat.

Dipl.-Volksw. Klaus Scheithauer

Vergleiche auch: "Die Umsätze in ausgewählten freien Berufen 1963 und 1964" und "Der Umsatz der steuerpflichtigen Unternehmen im Jahre 1966" in Stat. Monatsh. S.-H. 1966, S. 136 (Juni) und 1967, S. 250 (November) sowie "Umsätze freier Berufe" in Wirtschaft und Statistik 1968, S. 49 (Januar)

Erläuterungen: Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen. Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde. Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1 - 5": "1 bis unter 5". Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt, Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E . 20. Jahrgang . Heft 3 . März 1968

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1966	1966/67			1967/68			
		Monats-Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
*Bevölkerungsstand (Monatsende)	1 000	2 267	2 457	2 472	2 473	2 474	2 497	2 499
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
*Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 654	1 729	1 258	1 531	1 052	1 400	1 295
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	8,8	8,4	6,2	7,3	5,0	6,6	6,3
*Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	2 867	3 828	3 467	3 662	3 737	3 619	3 453
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	15,2	18,7	17,1	17,4	17,8	17,1	16,8
*Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 173	2 484	2 574	2 706	2 582	2 532	2 511
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	11,5	12,1	12,7	12,9	12,3	11,9	12,2
*	darunter im ersten Lebensjahr	93	79	78	88	77	70	59
*	je 1 000 Lebendgeborene	32,6	20,5	22,5	24,0	20,6	19,3	17,1
*Geburtenüberschuß	Anzahl	694	1 343	893	956	1 155	1 087	942
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	3,7	6,6	4,4	4,6	5,5	5,1	4,6
Wanderungen										
*Über die Landesgrenze Zugezogene		6 523	7 701	7 223	6 779	7 498	9 131	7 087
*Über die Landesgrenze Fortgezogene		6 263	6 236	6 807	6 869	7 130	8 751	6 212
*Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)		260	1 465	416	- 90	368	380	875
*Binnenwanderung ⁴⁾		9 666	9 945	10 741	11 471	11 541	12 826
Wanderungsfälle	Anzahl	22 452	23 882	24 771	25 119	26 169	30 708
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		170	165	174	174	180	205
Arbeitslage										
*Arbeitslose	1 000	50	8	11	18	30	18	21	26	32
darunter *Männer	1 000	31	6	7	13	24	12	14	19	24
Offene Stellen	1 000	5	19	11	8	9	9	7	6	9
darunter für Männer	1 000	3	9	5	3	3	4	4	3	3
Landwirtschaft										
Viehbestand										
*Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	1 129 ^a	1 393 ^a	.	1 393	.	.	.	1 395	.
darunter *Milchkühe	1 000	426 ^a	511 ^a	.	511	.	.	.	513	.
*Schweine	1 000	1 279 ^a	1 689 ^a	.	1 689	.	.	.	1 752	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	126 ^a	169 ^a	.	169	.	.	.	180	.
darunter *trächtig	1 000	77 ^a	107 ^a	.	107	.	.	.	111	.
Schlachtungen von Inlandtieren ⁵⁾										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	14	28	45	30	24	48	40	27	25
*Kälber	1 000 St.	5	4	3	4	5	3	3	4	5
*Schweine	1 000 St.	81 ^b	157 ^c	167	178	172	181	181	186	178
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	15 ^b	10 ^c	19	23	24	7	22	23	24
*Gesamtschlachtgewicht										
aus gewerblichen Schlachtungen ⁶⁾	1 000 t	9,3	19,5	23,6	20,3	19,1	27,2	23,6	20,9	20,0
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	3,0	6,4	10,3	6,7	5,4	11,5	9,0	6,3	5,8
*Schweine	1 000 t	5,9	12,8	13,1	13,3	13,3	15,5	14,3	14,4	13,9
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder	kg	223	236	243	233	236	244	242	237	243
Kälber	kg	49	58	54	58	60	54	53	57	60
Schweine	kg	89	88	89	86	90	89	90	88	90
Milcherzeugung										
*Kuhmilcherzeugung	1 000 t	142	176	129	156	172	112	132	160	176
darunter *an Molkereien geliefert	%	87	90	88	88	89	88	88	89	89
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,8	11,5	8,5	9,9	10,9	7,1	8,6	10,1	11,1

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) innerhalb des Landes umgezogene Personen, ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 5) gewerbliche und Hausschlachtungen 6) einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien a) Dezember b) Winterhalbjahr 1958/59 = 25 c) Winterhalbjahr 1966/67 = 17

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1966	1966/67			1967/68			
		Monats-Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Industrie und Handwerk										
Industrie ⁷⁾										
*Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	164	178	177	175	173	172	171	169	...
darunter *Arbeiter ⁸⁾	1 000	136	139	138	136	134	133	131	129	...
*Geleistete Arbeiterstunden ⁹⁾	1 000	24 439	22 756	23 335	22 541	21 908	22 232	22 430	20 611	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	53,1	105,5	110,3	108,9	97,5	102,7	110,6	106,5	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	16,5	42,0	44,8	49,0	41,5	42,8	47,1	50,9	...
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ¹⁰⁾	74	49	54	50	42	50	48	45	...
*Gasverbrauch	1 000 Nm ³	11 858	9 830	9 168	9 554	9 140	11 516	9 652	9 353	...
*Heizölverbrauch	1 000 t	31	78	84	81	80	90	95	88	...
*Stromverbrauch	Mill. kWh	72	123	133	125	122	139	140	131	...
*Stromerzeugung (gesamte industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	21	38	45	42	41	45	46	43	...
*Umsatz ¹¹⁾	Mill. DM	479	790	846	914	754	868	868	923	...
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	65	111	140	136	135	108	101	117	...
Produktionsindex	1958=100	100	142	149	142	129	153	153	153	...
Steine und Erden		100	158	171	130	86	186	184	118	...
Eisen-, Stahl- und Temperguß		100	135	120	102	117	126	131	124	...
Schnittholz und Sperrholz		100	100	99	80	79	93	96	87	...
Zellstoff, Papier und Pappe		100	136	144	120	123	146	142	133	...
Gummi- und Asbestwaren		100	197	209	187	185	193	189	181	...
Wasserfahrzeuge		100	86	97	92	92	86	91	82	...
Maschinenbauerzeugnisse		100	141	147	165	121	140	130	178	...
Elektrotechnische Erzeugnisse		100	141	152	152	125	162	160	205	...
Feinmechanische und optische Erzeugnisse		100	180	220	235	149	214	212	264	...
Eisen-, Blech- und Metallwaren		100	189	219	176	167	188	199	185	...
Leder		100	36	21	21	19	14	14	16	...
Schuhe		100	93	83	73	85	96	83	69	...
Textilien		100	93	85	71	67	95	99	92	...
Bekleidung		100	126	120	92	121	122	115	95	...
Fleisch und Fleischerzeugnisse		100	190	227	219	234	207	220	197	...
Fisch und Fischerzeugnisse		100	147	160	154	157	175	191	191	...
Meiereierzeugnisse		100	136	101	127	134	85	116	162	...
außerdem Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe		100	136	146	114	94	156	160	117	...
Handwerk (Meßziffern) ¹²⁾										
							Sept.			
*Beschäftigte (Ende des Vierteljahres)	30.9.1962=100	.	101	.	99	.	99
*Umsatz	Vj. -D 1962=100	.	132	.	145	.	128
darunter *Handwerksumsatz	Vj. -D 1962=100	.	134	.	152	.	134

Öffentliche Energieversorgung

*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	110	149	192	188	182	146	185	190	...
Stromverbrauch (einschl. Verluste)	Mill. kWh	143	304	338	356	355	344	355	378	...
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. cbm	17	23	28	31	32	24	30	34	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

7) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie 8) einschl. gewerblicher Lehrlinge 9) einschl. Lehrlingsstunden 10) eine t Steinkohle-einheit (SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts = 3 t Rohbraunkohle 11) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 12) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1966	1966/67			1967/68			
		Monats-Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe ¹³⁾										
*Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)		55 228	66 044	63 960	62 022	57 448	63 453	63 186	61 583	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 286	9 344	9 824	7 677	6 513	10 014	9 687	6 446	...
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	4 157	3 977	4 113	3 327	2 982	4 550	4 350	2 800	...
*Öffentliche und Verkehrsbauten	1 000	3 612	3 844	4 103	3 082	2 485	3 756	3 735	2 497	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	22,4	51,6	54,2	46,6	33,8	54,2	53,4	38,7	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	1,5	4,6	4,9	6,4	4,3	4,5	5,2	6,5	...
*Umsatz	Mill. DM	70,3	154,5	173,9	206,4	126,2	178,3	176,0	216,7	...
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile)		922	949	734	849	445	824	828	754	...
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		458	168	161	133	106	185	156	140	...
Veranschlagte reine Baukosten										
für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	60,9	124,1	116,2	125,3	70,7	153,6	128,2	113,9	...
darunter für Wohngebäude	Mill. DM	42,4	90,1	82,6	92,7	43,2	99,0	86,6	82,2	...
*Umbauter Raum insgesamt										
(ohne Gebäudeteile)	1 000 cbm	1 069	1 314	1 158	1 267	717	1 534	1 251	1 177	...
darunter *in Wohngebäuden	1 000 cbm	691	839	737	860	401	898	801	769	...
*Wohnungen		2 109	2 298	2 192	2 592	1 117	2 459	2 181	2 091	...
darunter *in ganzen Wohngebäuden		1 879	2 021	1 979	2 324	934	2 171	1 978	1 880	...
Baufertigstellungen										
Wohnungen		1 533	2 385	2 091	12 812	871	1 863	2 184
Wohnräume ¹⁴⁾		6 064	10 181	9 010	56 756	3 623	8 319	9 151
Handel und Gastgewerbe										
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	308	1 797	3 164	3 943	1 174	1 739	1 031	1 221	...
Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	1 211	1 263	2 213	2 181	386	1 742	1 603	1 133	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	8 126	22 079	25 178	26 701	24 271	28 107	25 211	27 483	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	28 087	34 287	40 499	34 457	32 472	43 971	38 363	31 564	...
*Ausfuhr nach Warengruppen	Mill. DM	67,7	137,1	157,7	164,6	155,0	129,8	131,7	149,9	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	5,1	10,7	14,0	9,5	12,7	16,0	17,2	22,8	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	62,6	126,4	143,7	155,1	142,3	113,9	114,5	127,1	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	2,0	3,5	3,2	5,0	3,1	4,1	4,5	4,0	...
*Halbwaren	Mill. DM	4,8	11,5	11,7	11,0	11,3	15,8	8,0	11,5	...
*Fertigwaren	Mill. DM	55,8	111,4	128,7	139,1	127,9	93,9	102,0	111,6	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	2,8	6,7	7,3	7,1	7,5	10,8	10,2	10,4	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	53,0	104,7	121,5	131,9	120,4	83,1	91,8	101,2	...
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EWG-Länder	Mill. DM	11,0	29,2	31,2	35,1	30,8	38,7	40,2	49,2	...
darunter Italien	Mill. DM	1,7	6,6	6,9	7,4	8,5	10,7	11,7	11,1	...
Niederlande	Mill. DM	6,1	10,6	12,4	13,0	9,5	13,6	14,0	22,6	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	31,0	55,4	46,2	84,2	46,6	41,8	35,5	48,9	...
darunter Dänemark	Mill. DM	3,7	10,7	12,3	9,8	8,5	9,3	10,7	21,4	...
Großbritannien	Mill. DM	3,2	5,2	5,3	5,2	5,3	8,0	6,5	6,1	...
Norwegen	Mill. DM	14,2	20,0	4,2	49,3	4,6	4,1	2,8	4,1	...
Schweden	Mill. DM	6,3	9,2	11,4	6,4	18,6	9,5	6,5	8,0	...
Fremdenverkehr in ausgewählten Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	112	163	73	57	62	p 106	p 73	p 60	...
darunter von *Auslandsgästen	1 000	15	19	8	7	5	p 16	p 9	p 8	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	682	1 143	232	177	195	p 402	p 218	p 179	...
darunter von *Auslandsgästen	1 000	33	39	14	14	11	p 25	p 15	p 14	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

13) nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet

14) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

			1958	1966	1966/67			1967/68			
			Monats-Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Verkehr											
Binnenschifffahrt											
*Güterempfang	1 000 t		126	240	270	270	229	257	243	265	...
*Güterversand	1 000 t		195	353	382	344	277	425	424	325	...
*Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge											
darunter											
*Krafträder (einschl. Motorroller)			227	11	9	1	3	13	7	4	...
*Personenkraftwagen			2 107	4 311	3 484	2 844	2 553	4 173	3 740	3 479	...
*Kombinationskraftwagen			175	440	458	421	278	522	414	435	...
*Lastkraftwagen			293	390	346	324	229	417	356	533	...
Straßenverkehrsunfälle											
*Unfälle mit Personenschaden			918	1 115	1 281	1 256	882	1 277	1 221	p 1 314	p 860
*Getötete Personen			40	60	85	81	54	74	62	p 92	p 40
*Verletzte Personen			1 130	1 502	1 718	1 666	1 172	1 599	1 606	p 1 732	p 1 182
Geld und Kredit											
Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)											
*Kredite an Nichtbanken											
(Bestand am Monatsende)	Mill. DM		3 105 ^d	8 993 ^d	8 960	8 993	8 997	9 496	9 591	9 685	...
davon											
*Kurzfristige Kredite	Mill. DM		939 ^d	2 078 ^d	2 094	2 078	2 074	2 222	2 236	2 312	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM		928 ^d	2 053 ^d	2 088	2 053	2 040	2 205	2 229	2 290	...
*Mittel- und langfristige Kredite 15)	Mill. DM		2 165 ^d	6 915 ^d	6 867	6 915	6 923	7 274	7 355	7 373	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM		1 864 ^d	5 922 ^d	5 886	5 922	5 920	6 182	6 235	6 237	...
*Einlagen von Nichtbanken											
(Bestand am Monatsende)	Mill. DM		2 067 ^d	5 575 ^d	5 478	5 575	5 612	6 158	6 233	6 460	...
davon											
*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM		1 012 ^d	1 906 ^d	1 963	1 906	1 890	2 153	2 212	2 303	...
darunter *von Wirtschaft u. Privaten	Mill. DM		857 ^d	1 589 ^d	1 627	1 589	1 600	1 749	1 809	1 874	...
*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM		1 054 ^d	3 668 ^d	3 515	3 668	3 723	4 005	4 020	4 158	...
darunter *bei Sparkassen	Mill. DM		706 ^d	2 412 ^d	2 312	2 412	2 444	2 612	2 620	2 710	2 742
*bei Kreditbanken	Mill. DM		.	745 ^d	713	745	759	827	832
*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM		57	182	151	355	259	189	173
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM		41	141	138	202	204	135	161
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)											
			9	11	11	14	9	5	15	8	...
Vergleichsverfahren (eröffnete)											
			2	1	2	2	4	2	-	1	...
Wechselproteste	Anzahl		636	839	878	845	793	859	830
	Wert	1 000 DM	465	1 118	1 173	1 200	1 003	1 131	1 046
Steuern											
*Einnahmen für Rechnung des Landes	1 000 DM		32 185	81 845	61 670	144 870	73 882	62 727	67 854	153 342	75 646
darunter											
*Vermögenssteuer	1 000 DM		1 463	3 256	8 838	783	1 132	1 067	10 431	744	367
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM		3 596	9 680	9 103	8 869	12 581	11 096	9 643	9 054	13 735
*Biersteuer	1 000 DM		420	758	785	727	690	1 102	817	800	756
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM		24 497	63 278	38 777	129 084	55 074	43 738	41 996	138 647	55 219
*Einnahmen für Rechnung des Bundes	1 000 DM		93 577	159 218	136 049	194 720	164 689	144 529	150 353	228 961	154 734
darunter											
*Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer	1 000 DM		26 688	51 856	53 069	53 298	65 811	52 567	54 228	54 980	73 854
*Umsatzausgleichsteuer/Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM		3 113	4 851	4 672	4 987	6 319	3 417	6 660	5 832	5 655
*Beförderungsteuer	1 000 DM		1 034	1 510	1 600	1 458	1 405	1 728	1 647	1 558	1 037
*Zölle	1 000 DM		7 838	6 706	5 431	5 666	5 545	8 924	4 818	6 206	6 965
*Verbrauchssteuern	1 000 DM		41 358	53 838	46 485	46 782	53 262	52 203	58 338	78 947	34 792
darunter *Tabaksteuer	1 000 DM		32 960	34 275	31 160	31 238	35 676	37 633	39 555	58 891	13 456
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM		13 191	40 456	24 792	82 529	32 345	25 687	24 664	81 428	32 430
Notopfer Berlin	1 000 DM		354	2	1	- 0	1	2	- 0	10	1
*Lastenausgleichsabgaben	1 000 DM		5 396	4 685	10 328	6 957	2 116	2 697	10 426	7 112	2 454
*Steuern vom Einkommen ¹⁶⁾	1 000 DM		37 688	103 734	63 569	211 613	87 419	69 426	66 660	220 075	87 648
davon											
*Lohnsteuer	1 000 DM		14 013	49 840	57 832	75 603	63 847	63 128	59 982	72 278	72 555
*Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM		15 925	43 119	3 618	107 454	21 789	4 252	5 372	123 527	13 631
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM		428	917	614	1 643	474	1 642	847	2 057	1 239
*Körperschaftsteuer	1 000 DM		7 322	9 858	1 505	26 914	1 309	403	460	22 213	223

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

15) einschl. durchlaufender Kredite

16) in den Landes- und Bundessteuern enthalten

d) Stand: 31.12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1966	1966/67			1967/68			
		Monats-Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
noch: Steuern										
Gemeindesteuereinnahmen ¹⁷⁾										
*Realsteuern	1 000 DM	57 325 ⁺	102 550 ⁺	.	103 722 ^e	.	.	.	101 730 ^e	.
davon										
*Grundsteuer A	1 000 DM	6 816 ⁺	7 288 ⁺	.	7 283 ^e	.	.	.	6 853 ^e	.
*Grundsteuer B	1 000 DM	11 575 ⁺	16 865 ⁺	.	15 066 ^e	.	.	.	14 787 ^e	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	34 826 ⁺	70 283 ⁺	.	72 770 ^e	.	.	.	71 698 ^e	.
Lohnsummensteuer	1 000 DM	4 109 ⁺	8 175 ⁺	.	8 604 ^e	.	.	.	8 393 ^e	.
*Sonstige Steuern	1 000 DM	6 119 ⁺	7 745 ⁺	.	7 241 ^e	.	.	.	8 696 ^e	.
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962=100	.	108,2	106,6	106,6	106,5	105,7	107,0	106,7	...
Verkaufspreise für Ausfuhrsgüter	1962=100	.	107,0	107,4	107,2	107,2	106,9	107,0	106,9	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1958=100	100	107,7	106,9	107,3	106,3	103,1	103,8	p 104,7	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	1962=100	97,2 ^f	105,8	105,7	105,6	105,6	104,5	104,7	104,8	...
landwirtschaftlicher Produkte	1961/63=100	97,5 ^f	109,3 ^g	112,3	113,3	109,4	101,1	p 102,4	p 103,8	...
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1962=100	75,8	118,5	118,6	.	.	.	114,8	.	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1962/63=100	90,8 ^f	109,5 ^g	108,7	109,1	109,9	106,6	106,7	106,7	...
Einzelhandelspreise	1958=100	100	119	119	119	120	119	120	120	...
Preisindex für die Lebenshaltung ¹⁸⁾	1962=100	92,7	112,8	113,5	113,8	114,1	114,0	114,2	114,2	115,7
darunter										
Nahrungs- und Genußmittel		.	112,0	111,9	112,4	112,1	110,3	110,8	110,7	...
Kleidung, Schuhe		.	110,5	111,6	111,8	112,1	111,9	111,9	111,9	...
Wohnungsmieten		.	129,7	132,9	133,1	135,5	139,8	140,3	140,5	...
Elektrizität, Gas, Brennstoffe		.	107,5	109,1	109,4	109,7	109,7	110,0	110,4	...
Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung		.	108,3	108,7	108,7	108,7	107,9	107,9	107,8	...
Löhne und Gehälter ¹⁹⁾										
Arbeiter in der Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männlich	DM	117	221	.	.	210	224
darunter Facharbeiter	DM	124	234	.	.	221	236
*weiblich	DM	68	135	.	.	132	137
Bruttostundenverdienste										
*männlich	DM	2,44	4,85	.	.	4,90	5,07
darunter Facharbeiter	DM	2,59	5,16	.	.	5,21	5,38
*weiblich	DM	1,53	3,25	.	.	3,32	3,36
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	47,9	45,6	.	.	42,9	44,2
*weiblich	Std.	44,2	41,5	.	.	39,7	40,7
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	44,5	41,9	.	.	41,6	43,1
*weiblich	Std.	41,4	37,5	.	.	38,8	40,0
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in der Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	588	1 101	.	.	1 141	1 159
*weiblich	DM	382	717	.	.	746	758
technische Angestellte										
*männlich	DM	697	1 216	.	.	1 232	1 248
*weiblich	DM	403	741	.	.	767	782
in Handel, Kredit und Versicherungen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	540	969	.	.	1 002	1 006
*weiblich	DM	331	603	.	.	618	625
technische Angestellte										
männlich	DM	497	1 114	.	.	1 103	1 141
weiblich	DM	(259)	(744)
in Industrie und Handel zusammen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	554	1 010	.	.	1 045	1 052
*weiblich	DM	347	636	.	.	655	663
technische Angestellte										
*männlich	DM	685	1 208	.	.	1 222	1 240
*weiblich	DM	391	741	.	.	768	777

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

17) einschl. Steuern der Kreise 18) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1962

1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar e) 1.10. - 31.12. f) Wirtschaftsjahr 1958/59 (Juli-Juni) g) Wirtschaftsjahr 1966/67 (Juli-Juni) h) Umbasierung der Originalreihe 1950=100

Jahreszahlen A

erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾				
	Einwohner (Jahres- mittel) in 1 000	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Geburten- überschuß	Wande- rungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	Produ- zierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen
Ereignisse je 1 000 Einwohner				in 1 000		in 1 000					
1958	2 267	8,8	15,2	11,5	8	3	971	185	367	195	224
1963	2 364	9,4	18,4	12,3	15	10	997	133	392	218	254
1964	2 392	9,1	18,9	11,7	17	13	1 003	130	395	214	264
1965	2 423	8,8	18,5	12,4	15	19	1 021	125	398	225	273
1966	2 457	8,4	18,7	12,1	16	18	1 003	116	389	218	280

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen							Volkseinkommen				
	Schüler am 2.5.			Schulabgänger in %				Brutto-Inlandsprodukt				Netto-Inlands- produkt in Mill. DM
	Volks- und Sonder- schulen	Real- schulen und Aufbau- zug- klassen	Gym- nasien	mit weniger als Volks- schul- abschluß	mit Volks- schul- abschluß	mit mittlerem Abschluß	mit Abitur	in jeweiligen Preisen			in konstanten Preisen in Mill. DM	
								Mill. DM	Jährliche Zuwachs- rate in %	DM je Ein- wohner		
in 1 000												
1958	229	43	36	8 464	9,9	3 734	7 571	6 679
1963	225	41	32	13 088	7,6	5 537	9 798	10 172
1964	221	41	33	29	43	21	7	14 193	8,4	5 934	10 174	p 11 019
1965	225	41	34	27	44	22	7	p 15 425	p 8,7	p 6 367	p 10 635	.
1966	231	41	37	26	45	23	7	16 600 ^a	7,5 ^a	6 703 ^a	11 000 ^a	.

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung 3)		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ²⁾			1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	ins- gesamt	darunter Milchkühe			Rinder	Schweine					
	in 1 000				in 1 000						
1958	1 129	426	1 279	3 522	293	1 745	1 699	3 946	1 045	794	516
1963	1 273	472	1 601	4 637	418	2 273	1 903	3 982	1 252	732	536
1964	1 291	479	1 716	4 753	354	2 336	1 929	4 084	1 477	637	636
1965	1 379	505	1 701	4 884	332	2 462	2 023	4 220	1 311	466	452
1966	1 393	511	1 689	5 261	417	2 395	2 112	4 183	1 264	459	521

Jahr	Industrie ⁴⁾											Bau- haupt- gewerbe
	Beschäftigte (Jahresmittel)		Arbeiter- stunden in Mill.	Löhne	Gehälter	Umsatz		Energieverbrauch			Produk- tions- index der Industrie 6) 1958=100	Beschäft- igte 7) am 30. 6.
	ins- gesamt	Arbeiter				ins- gesamt	mit dem Ausland	Kohle 1 000 t SKE 5)	Heizöl			
				ins- gesamt	schwer							
									1 000 t			
in 1 000		Bruttosumme in Mill. DM		Mill. DM								
1958	164	136	293	638	197	5 744	782	892	378	.	100	64 755
1963	174	139	278	966	347	7 966	1 000	659	789	695	131	70 728
1964	174	138	276	1 053	386	8 078	921	679	840	733	133	70 651
1965	178	140	278	1 185	450	8 954	1 101	654	920	792	138	70 015
1966	178	139	273	1 266	504	9 485	1 331	585	937	787	142	68 410

1) Ergebnisse der 1%-Mikrozensus-erhebungen 2) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner 3) gewerbliche und Hausschlachtungen, einschl. des übergebiethlichen Versandtes, ohne übergebiethlichen Empfang 4) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung) 5) eine t Steinkohleeinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts = 3 t Rohbraunkohle 6) ohne Energie und Bau; von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt 7) bis einschl. 1962 Stichtag = 31.7.; ab 1962 einschl. unbezahlter mithelfender Familienangehöriger a) erste vorläufige Ergebnisse

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30.11.1967			Bevölkerungsveränderung im November 1967			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Januar 1968		
	ins- gesamt	Veränderung gegenüber		Geburten- überschuß	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevöl- kerungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vor- monat	Vor- jahres- monat 1)						
FLENSBURG	96 449	- 0,1	- 0,4	9	- 112	- 103	26	1	36
KIEL	269 904	+ 0,2	+ 0,1	26	551	577	74	2	84
LÜBECK	242 649	- 0,0	- 0,0	44	- 153	- 109	71	1	96
NEUMÜNSTER	73 190	- 0,1	- 1,1	4	- 59	- 55	22	2	27
Eckernförde	72 752	+ 0,3	+ 2,3	53	130	183	29	3	36
Eiderstedt	19 846	+ 0,1	+ 0,7	12	8	20	2	1	1
Eutin	95 162	+ 0,0	+ 1,2	13	9	22	37	3	44
Flensburg-Land	72 408	+ 0,2	+ 2,2	78	40	118	26	1	31
Hzgt. Lauenburg	140 865	+ 0,1	+ 0,9	48	45	93	45	-	61
Husum	66 001	+ 0,0	+ 0,6	55	- 35	20	27	3	46
Norderdithmarschen	61 395	+ 0,1	+ 2,3	30	12	42	21	2	29
Oldenburg in Holstein	86 427	- 0,1	+ 1,4	35	- 128	- 93	28	2	39
Pinneberg	259 303	+ 0,0	+ 1,7	111	- 23	88	101	1	146
Plön	117 583	+ 0,0	+ 0,8	79	- 74	5	52	1	81
Rendsburg	165 479	+ 0,1	+ 0,7	43	182	225	57	1	83
Schleswig	100 760	+ 0,0	+ 1,1	7	27	34	27	1	40
Segeberg	111 362	+ 0,3	+ 3,0	85	241	326	48	2	70
Steinburg	128 434	+ 0,1	+ 1,1	57	41	98	44	3	57
Stormarn	174 932	+ 0,2	+ 3,6	109	308	417	78	3	116
Süderdithmarschen	73 557	- 0,0	- 0,5	22	- 51	- 29	28	4	37
Südtondern	70 742	- 0,1	+ 2,4	22	- 84	- 62	17	3	22
Schleswig-Holstein	2 499 200	+ 0,1	+ 1,1	942	875	1 817	860	40	1 182

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾						Kraftfahrzeug- bestand am 1.1.1968		Pkw je 1 000 Einw. am 1.7. 1967
	Betriebe am 31.12. 1967	Beschäftigte		Umsatz ⁴⁾ im Dezember 1967 in Mill. DM	Kohle- verbrauch im Dezember 1967 in t SKE	Heizöl- verbrauch in t			
		Anzahl am 31.12. 1967	je 1 000 Einw. am 30.9. 1967						
							ins- gesamt	Pkw ⁵⁾	
FLensburg	69	6 537	68	34	25	2 923	19 605	17 371	176
KIEL	170	30 521	115	126	563	2 844	55 066	48 763	177
LÜBECK	149	31 357	134	157	25 125	6 833	45 899	39 827	161
NEUMÜNSTER	60	9 640	130	27	582	986	15 242	13 321	180
Eckernförde	38	1 708	24	7	19	643	17 976	13 460	180
Eiderstedt	9	408	22	3	-	76	5 054	3 727	182
Eutin	51	3 636	40	16	250	705	21 886	17 501	179
Flensburg-Land	31	783	11	5	34	243	20 818	15 237	206
Hzgt. Lauenburg	97	8 255	59	34	423	2 331	33 514	26 297	181
Husum	22	1 215	19	6	3	166	17 098	12 427	187
Norderdithmarschen	33	1 448	24	3	33	340	15 281	11 223	181
Oldenburg in Holstein	31	1 500	18	12	593	909	19 810	14 688	166
Pinneberg	264	22 728	89	134	666	9 400	58 710	49 557	187
Plön	54	2 536	22	16	78	762	28 699	21 807	181
Rendsburg	103	8 850	55	48	1 090	2 761	40 652	30 757	181
Schleswig	43	3 323	35	34	4 727	3 911	26 263	19 436	188
Segeberg	90	5 422	50	26	132	1 739	31 096	23 096	202
Steinburg	94	10 012	79	45	8 689	20 270	29 705	22 720	173
Stormarn	135	13 727	78	131	438	3 972	42 916	35 547	197
Süderdithmarschen	38	4 211	59	52	1 970	25 908	18 667	13 616	179
Südtondern	13	956	13	7	-	230	17 828	13 472	183
Schleswig-Holstein	1 594	168 773	69	923	45 440	87 952	581 785	463 850	181

1) nach dem Gebietsstand vom 30.11.1967 2) einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung) 4) einschl. Verbrauchsteuern sowie

Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 5) einschl. Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 98 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 30.9.1967			Offene Stellen am 31.12.1967 in 1 000	Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer am 30.9.1967 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im Dezember 1967			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber				1 000 t	darunter an Meiereien geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 3.9.1967	Rindvieh am 3.6.1967	
		VZ 1961	30.9.1966							insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %									
Schleswig-Holstein	2 496	+ 8	+ 1,1	6	14	160	88,9	10,1	1 831	1 500	501
Hamburg	1 836	+ 0	- 0,8	9	25	2	83,6	9,9	28	19	7
Niedersachsen	6 988	+ 5	+ 0,3	23	53	288	84,8	8,9	5 542	2 946	1 035
Bremen	752	+ 6	+ 0,4	3	6	1	74,0	8,5	13	20	5
Nordrhein-Westfalen	16 840	+ 6	- 0,0	71	299	232	87,4	9,4	3 657	1 984	783
Hessen	5 257	+ 9	+ 0,4	26	117	103	79,1	8,6	1 481	948	384
Rheinland-Pfalz	3 624	+ 6	+ 0,3	9	32	79	73,4	8,5	840	786	303
Baden-Württemberg	8 557	+ 10	+ 0,1	54	266	222	72,3	8,6	2 166	1 891	823
Bayern	10 276	+ 8	+ 0,6	35	148	515	75,8	8,5	4 309	4 348	1 989
Saarland	1 132	+ 5	- 0,1	1	16	9	74,8	9,2	82	74	31
Berlin (West)	2 168	- 1	- 1,0	11	16	0	20,1	13,8	.	.	.
Bundesgebiet	59 926	+ 7	+ 0,2	250	991	1 611	80,0	8,9	19 949 ^a	14 517 ^a	5 862 ^a

Land	Industrie ¹⁾					Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im November 1967			
	Beschäftigte		Umsatz im Oktober 1967		Produktions- index ²⁾ 1958=100 im Oktober 1967	Beschäftigte am 31. 10. 1967		Zum Bau genehmigte Wohnungen		Fertiggestellte Wohnungen	
	in 1 000 am 31. 10. 1967	je 1 000 Einw. am 30. 9. 1967	Mill. DM	Aus- lands- umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.
Schleswig-Holstein	172	69	868	12	153	63	25	2 181	8,8	2 184	8,8
Hamburg	200	109	1 480	14	.	45	25	1 351	7,3	1 188	6,4
Niedersachsen	710	102	3 585	24	.	184	26	5 074	7,3	5 365	7,7
Bremen	94	126	549	15	.	21	28	602	8,0	1 116	14,9
Nordrhein-Westfalen	2 530	151	11 638	18	.	390	23	12 926	7,7	12 731	7,6
Hessen	673	128	2 832	21	178	142	27	4 079	7,8	1 888	3,6
Rheinland-Pfalz	363	100	1 831	19	p 244	91	25	2 247	6,2	2 903	8,0
Baden-Württemberg	1 416	165	5 735	19	163	227	26	7 222	8,5	6 556	7,7
Bayern	1 243	121	4 809	15	.	291	28	7 388	7,2	12 412	12,1
Saarland	152	135	481	32	.	24	21	456	4,0	590	5,2
Berlin (West)	250	116	1 137	13	.	47	22	5 188	23,8	1 647	7,6
Bundesgebiet	7 803	130	34 946	18	166	1 526	25	48 714	8,1	48 580	8,1

Land	*Kfz-Bestand ³⁾ am 1. 7. 1967			Straßenverkehrsunfälle ⁵⁾ mit Personenschaden im Nov. 1967				Bestand an Spar- einlagen 6) am 30. 11. 1967 in DM je Einw.	Steueraufkommen im 3. Vj. 1967		
	ins- gesamt	Pkw ⁴⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte Je 100 Unfälle		Landes- 7)	Bundes- 7)	Gemeinde-
		Anzahl	je 1 000 Einw.								
Schleswig-Holstein	569	451	181	1 221	62	1 606	137	1 611	107	202	47
Hamburg	415	370	201	1 037	39	1 359	135	3 057	290	1 319	76
Niedersachsen	1 623	1 269	182	3 642	222	4 886	140	1 984	116	199	47
Bremen	153	134	179	367	9	448	125	2 276	204	583	78
Nordrhein-Westfalen	3 500	2 972	177	7 912	427	10 590	139	2 333	170	275	62
Hessen	1 277	1 038	198	2 541	120	3 597	146	2 368	195	225	73
Rheinland-Pfalz	845	646	178	1 703	94	2 332	142	1 949	106	176	52
Baden-Württemberg	2 109	1 667	195	3 715	215	5 160	145	2 353	169	236	67
Bayern	2 597	1 921	187	4 687	272	6 440	143	2 242	144	199	58
Saarland	222	183	162	466	29	630	141	1 762	104	143	37
Berlin (West)	383	341	157	963	26	1 224	130	1 717	109	412	68
Bundesgebiet	13 745 ^b	11 016 ^b	184	28 254	1 515	38 272	141	2 218	156	273	60

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft

2) ohne Bau und Energie, arbeitstäglich 3) ohne Bundespost und Bundesbahn 4) einschl. Kombinationskraftwagen

5) vorläufige Zahlen (außer Schleswig-Holstein) 6) ohne Postspareinlagen 7) Einkommensteuern jeweils anteilig enthalten

a) ohne Berlin b) einschl. Bundesbahn und -post: 52 000 Kfz und 23 000 Pkw

Inhalt des laufenden Jahrgangs nach Sachgebieten

Heft/Seite

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Baumschulen	2/42
Gemüseanbau	2/47
Kartoffeln	1/7

Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen

Bauhauptgewerbe 1950-1967 (Teil 1)	1/3
Bauhauptgewerbe 1950-1967 (Teil 2)	2/32

Öffentliche Finanzen

Löhne und Gehälter 1965	1/19
Steueraufkommen 1967	2/46

Preise

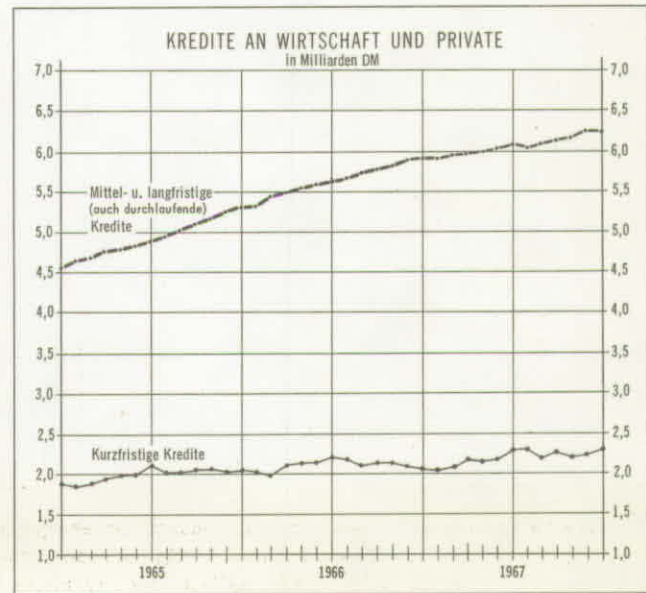
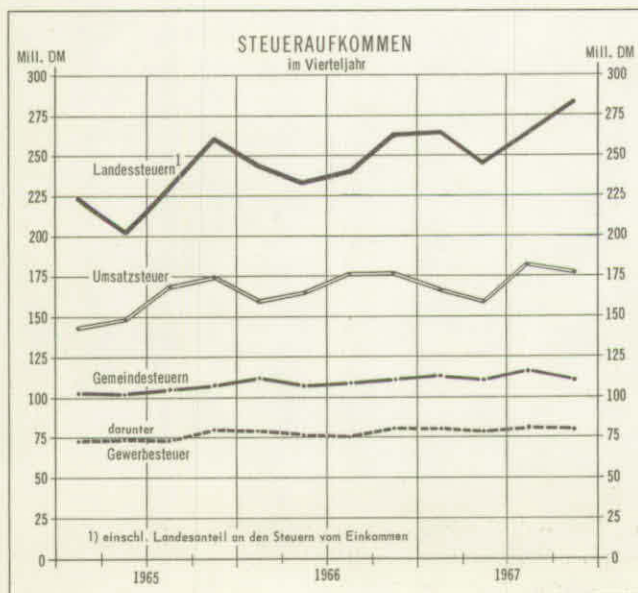
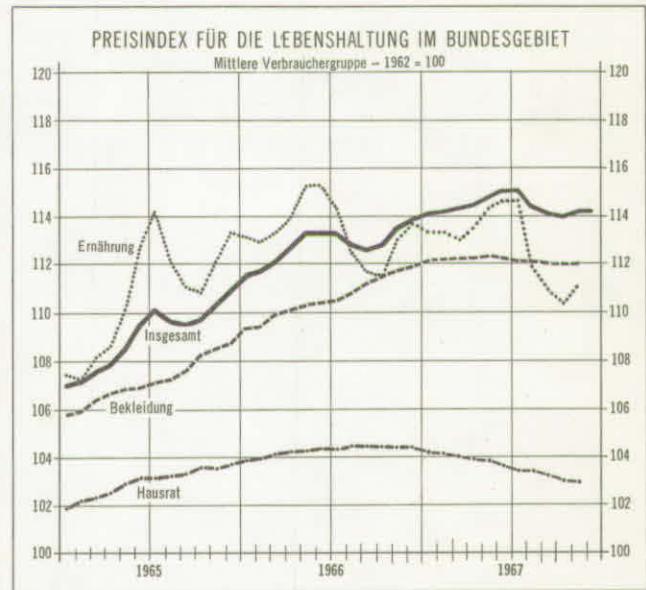
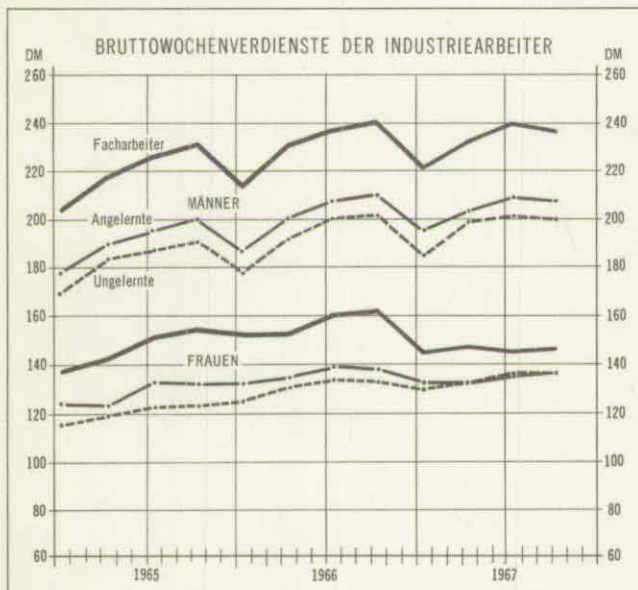
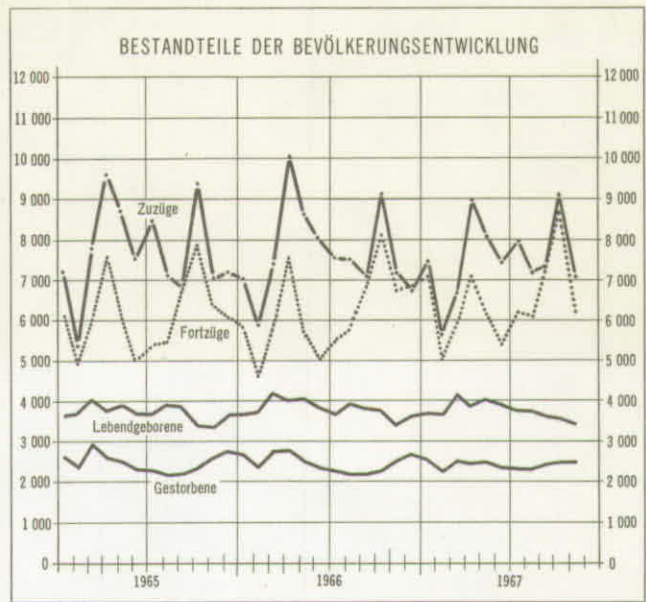
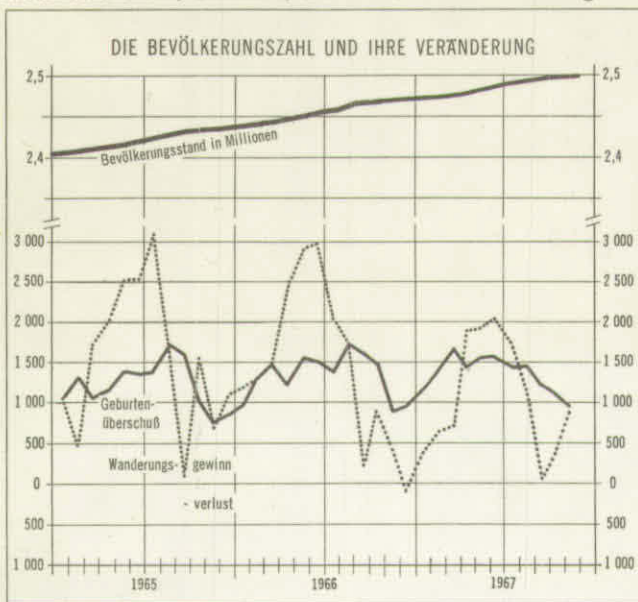
Landwirtschaftliche(r) Betriebsmittel, Preisindex —	1/14
---	------

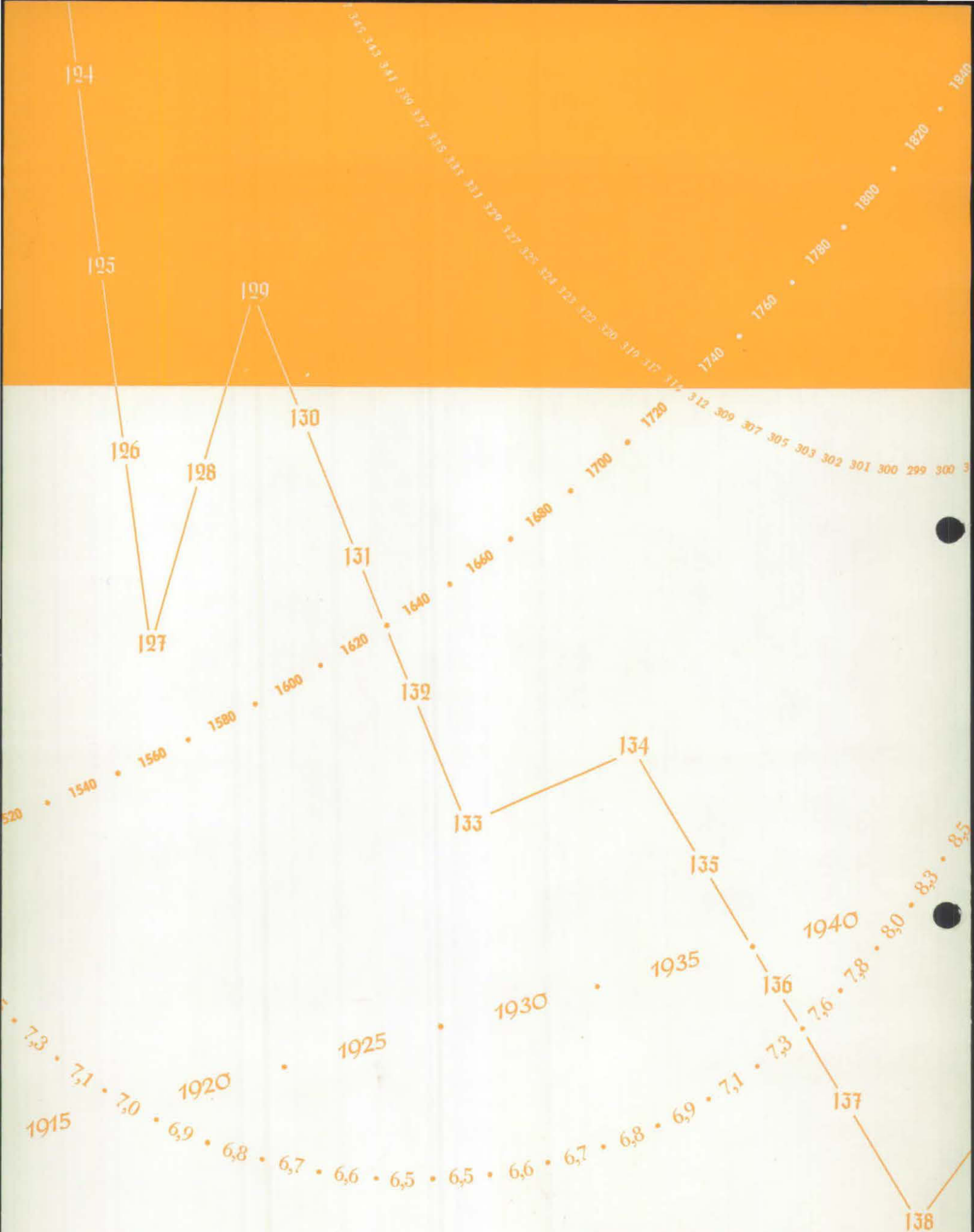
Sozialprodukt

Bruttoinlandsprodukt 1966	2/27
---------------------------	------

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex, Beschäftigtenzahl und Umsatz der Industrie insgesamt; Index und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauwirtschaft und Ernährungsindustrie.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach; Mühlenweg 166; Fernruf: 4 36 02

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korschey

Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei KG, Kiel

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen